

J. publ. G.

836

1

I. publ. g.

836²

Versuch

<36622175590010

<36622175590010

Bayer. Staatsbibliothek

S

1. publ. 8.
8362 Versuch

einer

richtigen Auslegung und Anwendung

des

Hauptschlusses

der

ausserordentlichen

Reichs - Deputation

zu Regensburg

vom 25. Februar 1803, §. 35, 36.

„Leur nom sera longtems chér à leur patrie.“

B. de Buhler.

LaForêt.

Zweite Auflage,

1 8 0 4.

1873



Reichs - Deputation

zu Regensburg

Vom 25. Februar 1805. S. 2. 56

„Ihm, dem Reichs-Deputations-Commissarius“

„zu Regensburg“

„zu Regensburg“

1805

H a u p t s c h l u s s

der
ausserordentlichen

R e i c h s - D e p u t a t i o n

zu Regensburg

v o m 25. F e b r u a r 1803.

— — — — —

§. 33.

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster in den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen katholischer sowohl, als A. C. Verwandten, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respectiven Landesherren, sowohl zum Behuf des Aufwandes für den Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen, überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den theils unten wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherren überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Capitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, so ferne oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

Der Verfasser des gegenwärtigen Versuchs hat die geringe Mühe übernommen, seinen Lesern zu sagen: daß das, was in diesen Paragraphen steht, — wirklich darin steht, auch nach der Absicht ihrer hohen Urheber darin hat stehen sollen. Er hatte gar keinen Beruf, das Gegentheil darin zu suchen oder Schwierigkeiten darin zu finden, und Dunkelheiten hineinzutragen, da es ihm an jedem Interesse fehlte, einen andern Begriff mit den Worten zu verknüpfen, als den diese ausdrücken. Ihm kann die Existenz oder Nichtexistenz der Stifter und Klöster, worüber das Gesetz darin zum Vorthail des Landesherrn disponiret, völlig gleichgültig seyn, weil er für seine Person und Familie so wenig auf eine Stelle in denselben Ansprüche zu machen hat, als von ihrer Einziehung irgend einigen Gewinn erwarten darf.

Wenn er also mit Unbefangenheit sah, was jeder Leser mit gesunden Augen sehen kann, und das, was er sah, getreulich angab; so ist das nur eine Pflicht, die er der Wahrheit schuldig zu seyn glaubte, und weiter kein Verdienst, als insoferne es andere Leser gab, die etwas anders darin zu sehen glaubten, oder dieses wenigstens wieder Andern überreden wollten. So weit er übrigens davon entfernt ist, irgend jemandem seine PrivatMeinungen aufdringen zu wollen; eben so gewiß darf er erwarten, daß, wenn auch einem oder dem andern Leser diese oder jene Wahrheit nicht angenehm seyn sollte, doch ihm Niemand einen Vorwurf daraus machen werde, daß er in dem Gesetze wirklich das fand, was mit leserlicher Schrift offen vor jedermanns Augen da steht. Die Folgen, die dieses Finden haben könnte, hat nicht er, sondern allenfalls der Gesetzgeber zu verantworten.

Geschrieben am 5. August 1804.

I n h a l t.

Einleitung.

Allgemeine Grundsätze der Interpretation des ReichsDeputationschlusses. (§. 1—4.)

Erste Abtheilung.

Geschichtliche Theorie der Auslegung des Gesetzes.

Anweisung auf die mittelbaren Jungfrauen Klöster in dem ersten Entschädigungsplan, (§. 5.)

im zweiten Entschädigungsplan. (§. 6.)

Beispiele davon für Württemberg, Mecklenburg, KuhrErzkanzler. (§. 7.)

Deren Aufnahme in den DeputationsHauptschluss. (§. 8.)

„Einige Bemerkungen über die §§. 35. 36. desselben.“ (§. 9.)

Veränderungen im dritten Entschädigungsplan. (§. 10.)

Gedanken über den Geist der Deputationshandlungen. (§. 11.)

Abweichung von den allgemein durchgreifenden Grundsätzen, wegen der Mediatsklöster, in Württemberg. (§. 12.)

Zweiter DeputationsHauptschluss, (§. 13.)

mit dessen französischem Urtext, (§. 14.)

Reichsgutachten wegen dessen Bestätigung. (§. 15.)

Kaiserliche Ratification desselben. (§. 16.)

Authentische Erklärung der vermittelnden Mächte, (§. 17.)

für den buchstäblichen Sinn des französischen Originals. (§. 18.)

Welche beibehaltene Domkirchen, und welche verabschiedete Geistliche sollen aus den protestantischen Stifts- und Klostergütern dotirt und versorgt werden? (§. 19—22.)

Kaiserliche Promulgation des neuen Reichsgesetzes an die Reichsgerichte. (§. 23.)

Zweite Abtheilung.

Practische Beobachtungen über die Anwendung
des Gesetzes.

In den Pfalzbaierischen KuhrLanden. (§. 24.)

In den Königlich Preussischen alten ReichsLanden. (§. 25.)

In den übrigen deutschen Staaten. (§. 26.)

Collision neuerer allgemeiner Reichsgesetze mit älteren Landes-
Compactaten und Privilegien; (§. 27.)

Namentlich mit dem Mecklenburgischen Assecurationsrevers vom
Jahr 1572, sowohl im Betref der Steuerfreiheit, (§. 28.)

als der Jungfrauen Klöster. (§. 29.)

Das landesherrliche Reformatiions- und Secularisationsrecht, (§. 30.)

besonders in Mecklenburg, (§. 31.)

in Rücksicht auf die geistlichen Stiftungen selbst, (§. 32.)

bedurfte keiner neuen ReichsGesetzgebung, (§. 33.)

Nur die etwanigen Ansprüche eines Dritten an die geistlichen
Stiftungen, (§. 34.)

sind durch die ReichsDeputation aufgehoben; (§. 35.)

Diese mögen namentlich zur Entschädigung angewiesen seyn,
(§. 36.)

oder der landesherrlichen Disposition überlassen werden, (§. 37.)

ohne einer namentlichen Aufzählung zu bedürfen, (§. 38.)

und sind in Mecklenburg schon durch ein neueres Herkommen
von der gesetzlichen Bestimmung abgewichen. (§. 39.)

Gleiche Collision mit dem Rostocker Erbvertrage, wegen des
Kreuzklosters. (§. 40.)

Mildere Aussicht auf eine aussergerichtliche Anwendung, (§. 41.)

mit Rücksicht auf das zuerst angewiesene EntschädigungsSupple-
ment. (§. 42.)

Nachschrift.

Berichtigung des Gasparischen Urtheils über den 35. §. des
ReichsDeputationsHauptschlusses, (§. 43 — 45.)

E i n l e i t u n g.

§. 1.

Ueber die Auslegung und Anwendung des Reichsfriedens-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803. §. 35. 36. kann zwar eigentlich kein Zweifel, keine Ungewissheit Statt finden. Wenn man sich erinnert, welche vorzüglich ausgezeichnete Männer es waren, die, im Namen des gesammten deutschen Reichs, unter den Auspicien der vermittelnden Gesandtschaften Ruslands und Frankreichs, sechs Monate daran arbeiteten; mit wie vieler Bedächtlichkeit und Umsicht die Mitglieder der ReichsDeputation und die Verfasser ihres Recesses, sowohl die Gegenstände ordneten, als deren Fassung und Ausdruck wählten, abwogen, berichtigten und mehrmalen verbesserten, ehe sie das Resultat ihrer Arbeiten der Sanction des, unter seinem Oberhaupte versammelten Reichs unterlegten; so stehet schon an sich nicht zu vermuthen: daß darin ein Wort vergeblich und müßig, ohne ernsthafte Absicht und Bedeutung, angebracht seyn werde, oder daß es erst eines Oedipus bedürfe, um dessen wahren Sinn zu entziffern.

§. 2.

Allein nicht blos die hermeneutische Vermuthung streitet für den buchstäblichen Sinn jedes Ausdruckes: Nein, wenn auch die gewissenhafte Treue, (*scrupuleuse fidélité*) womit, nach dem Zeugniß der vermittelnden Mächte,

die ursprünglich in französischer Sprache abgefaßt, geprüften und angenommenen Beschlüsse in den deutschen Text übertragen wurden, irgend eine Zweideutigkeit des Ausdrucks übrig lassen könnte; so haben doch eben diese vermittelnden Mächte, schon seit der ersten Abfassung des Deputations-Hauptschlusses, am 3. December 1802, die Vorsicht geltend gemacht: daß durch die Beibehaltung des französischen Originals der, auf solche Weise zum Stande gebrachten ersten 47 Paragraphen, allen irrigen Auslegungen (*interprétations erronées*) und allen künftig möglichen Zweifeln auf das einleuchtendste vorgebeuget; ja selbst durch wiederholte Gegeneinanderhaltung beider Texte, jeder irgend bemerkbare Schatten von Zweideutigkeit in der deutschen Ausfertigung berichtigt wurde, um auch die Möglichkeit solcher Ungewisheiten auf das weiteste zu entfernen. a)

§. 3.

Wenn also demohingeachtet, auch nach Vollendung der zweiten und letzten Ausarbeitung des Hauptschlusses vom 25. Febr. und nach der kaiserlichen Ratification des bestätigenden ReichsGutachtens vom 24. März und 27. April 1803, noch ein Zweifel darüber entstehen könnte:

wie die §§. 35. und 36. zu verstehen sind?
so darf, nach der wiederholten Erklärung der vermittelnden Minister vom 9. Mai 1803, die Auflösung solches Zweifels von keinem ReichsStande anderswo gesucht werden, als in dem Texte des, auf diese Weise mit den vermittelnden Mächten einverstandenen Gesetzes selbst. Was darin nicht ausgedrückt stehet, ist von ihnen nicht ein-

a) Man sehe die fünfte Beilage.

gegangen: was Rechtens oder nicht Rechtens seyn soll, (*droits conférés et droits réservés*) ertheilte und nicht ertheilte Befugnisse, sind nur daraus zu ersehen. Auf vor- malige Einrichtungen (*dispositions précédentes*) soll es, nach eben dieser authentischen Erklärung, dabei nicht an- kommen: sie sind eben durch das neuere ReichsGrundge- setz abgeschafft, und nur das Andenken von ihnen ist übrig geblieben; in Zukunft soll auf sie nicht weiter Bezug ge- nommen werden. b)

§. 4.

So viel von den Normen der Auslegung des Deputa- tionsSchlusses im Allgemeinen. Was die vorliegenden bei- den Paragraphen insbesondere anbelangt, so läßt auch de- ren eigentliche Tendenz gar keinen Zweifel übrig, sobald man sich nur die Mühe nimmt, der Geschichte ihrer all- mählichen Construirung, vom Anbeginn ihres ersten Ent- wurfs, bis zur letzten Vollendung ihrer, zum Gesetz ge- reiften itzigen Ausbildung, in den DeputationsHandlungen selbst nachzuspüren.

Erste Abtheilung.

Theorie der Auslegung des Gesetzes.

§. 5.

Schon von dem Rastädter Congresse her, war bekannt- lich das SäcularisationsSystem in den Lüneviller Friedens- schlufs und dessen VollstreckungsHandlungen übertragen. Gleich in dem ersten Indemnitätsplan, den die vermitteln- den Russisch-französischen Minister der ReichsDeputation

b) Zwölfte Beilage.

zu Regensburg, bei deren Eröffnung, am 18. August 1802, vorlegten, war auch auf die, nicht schon namentlich zur Entschädigung angewiesenen

„Güter der mittelbaren Jungfrauen Klöster,“ ohne auf deren Religionsunterschied Rücksicht zu nehmen, insoferne mit gerechnet: dafs daraus nicht allein

- 1) die beibehaltenen oder neu errichteten Domkirchen, zum Unterhalt der Bischöfe und ihrer Kapitel, so wie zu andern gottesdienstlichen Bedürfnissen, mit den nöthigen Fonds versehen, und
- 2) die lebenswierigen Pensionen für die verabschiedeten Geistlichen bestritten werden, sondern auch
- 3) diejenigen ReichsStände und unmittelbaren Reichsglieder, für welche die angewiesene Entschädigungsmasse erweislich nicht hinreichen würde, ihre subsidiarische Befriedigung erhalten sollten. Nur allein die diesseitigen Güter und Einkünfte der jenseits des Rheins gelegenen geistlichen Stiftungen sollten davon getrennt und der Disposition der respectiven Regierungen überlassen werden. c)

Für die übrigen Landesherren würde hiebei, ausser dem dereinstigen Anfall der absterbenden geistlichen Pensionen, nichts weiter übrig geblieben seyn, als die Landeshoheit, auch über die, an andre ReichsStände eigenthümlich vertheilten Klostergüter.

§. 6.

In dem, nach mehreren Reclamationen, vollständiger ausgearbeiteten EntschädigungsPlan, welchen die Gesandten der vermittelnden Mächte, am 8. Oct. 1802, der Reichs-

c) Erste Beilage.

Deputation vorlegten, ward es daher, als ein, von dem SäkularisationsSystem der geistlichen Stiftungen, unzertrennliches Grundprincip, im §. 34. Nr. II. vorausgeschickt: daß „alle Güter der fundirten“ (d. i. mit liegenden Gründen bewidmeten, nicht bloß von jährlichen Renten, oder von Allmosen, wie die BettelOrden, subsistirenden), „mittelbaren Klöster, nicht bloß katholischer, sondern auch von protestantischer Religion, worüber nicht schon namentlich in der „Entschädigungsvertheilung disponirt worden, der „freien und vollen Disposition ihrer respectiven Landesfürsten übergeben seyn; und „daß diese der landesherrlichen Disposition „überlassenen Klöster an solche ihre neuen Besitzer, „mit allen ihren Gütern, Rechten und Einkünften, an welchem Orte diese auch immer anzutreffen seyn möchten, übergehen sollten.“ d)

Zwar ward auch hier, die damit vorhin verknüpfte dreifache Belästigung angenommen, daß daraus

- 1) die Ergänzung der Entschädigung derjenigen Reichsfürsten und erblichen Reichsglieder, zu deren Schadenshaltung immerwährende Renten angewiesen worden, die auf eben dieser Masse hafteten;
- 2) die Dotalfonds der beibehaltenen Domkirchen, und
- 3) die Pensionen für die verabschiedete Geistlichkeit bestritten werden sollten. Doch beschränkte man eben diese Verpflichtungen ausdrücklich darauf: daß zu dem EntschädigungsSupplement Nr. 1. in keinem Fall mehr, als drei Zehnttheile von den Einkünften der namentlich und
- d) Zweite Beilage,

förmlich dazu angewiesenen Klöster verwandt werden sollten, folglich die übrigen sieben Zehnttheile den beiden andern Bestimmungen und, nach deren Erreichung, der landesherrlichen freien und vollen Disposition aufbehalten bleiben sollten.

§. 7.

Zur Probe, von den namentlich und förmlich zur Entschädigung vertheilten katholischen und protestantischen Klöstern, theils ausserhalb, theils innerhalb Landes, dienen in eben dem IndemnitätsPlan, §. 6. die dem Herzog von Württemberg, unter andern zugetheilten

„sämmlichen Klöster, sowohl in seinen neuen, als
„in seinen alten Besitzungen.“

Hingegen von den namentlich, zur Entschädigung, auf Mediatstifter, ohne Unterschied der Religion, für fremde Fürsten angewiesenen jährlichen Renten, welchen solchergestalt die Güter der nicht namentlich vertheilten Mediatstifter und Klöster zur Ergänzung und Ausfüllung dienen sollten, enthält der §. 9. ein Beispiel. In demselben ward dem Herzog zu MecklenburgSchwerin, zum Ersatz für seinen Antheil an dem Domstifte zu Strasburg,

„eine immerwährende jährliche Rente von 10,000 Gulden aus den Osnabrückischen mittelbaren Kapiteln und Klöstern, um solche, zur Erwerbung des Lauenburgischen Amtes Neuhaus zwischen der Elbe und Regnitz, anzuwenden,“

zuerkannt. Ohne namentliche Aufzählung und Anweisung, so wie gleichfalls ohne Unterschied der Religion, wurden endlich in dem 25. §. zur Ergänzung der Million Gulden

jährlicher Einkünfte für den KurfürstenErzkanzler, wie für dessen Domkapitel

„Assignmenten auf mittelbare Stifter, Abteien und

„Klöster vorbehalten.“

§. 8.

Es ist kein Zweifel, daß nicht auch protestantische Mediatklöster sich die Anweisung jährlicher Renten auf ihre Einkünfte für den KurfürstenErzkanzler, oder andre Reichsfürsten und erbliche ReichsAngehörige würden haben gefallen lassen müssen, und daß deren Landesherren mit den vorbehaltenen sieben Zehnttheilen der Aufkünfte gedachter Klöster, zu den übrigen angewiesenen Zwecken, sich würden haben begnügen müssen, wenn es dabei geblieben wäre.

Allein, weil es anstößig scheinen mußte, daß katholische Geistliche einen Theil ihrer Sustentation aus evangelischen geistlichen Stiftungen ziehen und diese also, wider die gesetzliche Bestimmung des bekanntlich wechselseitigen geistlichen Vorbehalts (in dem Religionsfrieden von 1555, §. 18. 19.) zum Besten der Geistlichkeit einer andern Religion verwandt werden, mithin an diese übergehen sollten; so blieb zwar der neue Entschädigungsplan im §. 25. und sonst im übrigen unverändert: nur mit der Beschränkung, daß am Schlusse des (itzt in vier Paragraphen 34 — 37. vertheilten) vormaligen 34. itzt 35. §.

„die protestantischen oder vermischten Klöster hievon (nämlich von dieser Entschädigungsverwendung, nicht aber von jener landesfürstlichen freien und vollen Disposition, worunter sie in

der, dem §. 35. vorausgeschickten allgemeinen Regel ausdrücklich mit begriffen wurden) ausbeschieden seyn sollten.“

Eben so ward auch, nicht die allgemeine landesherrliche Disposition über die protestantischen Mediatklöster, sondern nur allein die besondere Verwendung der im §. 6. dem Herzoge von Württemberg zugetheilten protestantischen Mediatklöster in seinen alten Besitzungen auf die Beschränkung zurückgeführt:

„mit Vorbehalt ihrer verfassungsmässigen Bestimmung.“

Bei der allgemeinen Enuntiation der Regel im §. 35. blieb der Zusatz einer solchen Ausnahme weg und sollte also darauf, nach der Absicht der Verfasser, nicht anwendlich werden.

Endlich ward im §. 9. auf die Kuhrbraunschweigische Gegenvorstellung gegen die Anweisung einer Rente auf das Hochstift Osnabrück vom 26. Oct. 1802, e) wobei das Haus Mecklenburg sich beruhigt hatte, die hievorige Hinweisung auf das Lauenburgische Amt Neuhaus mit dem Vorbehalt:

„eines weiteren Einverständnisses zwischen den vermittelnden Mächten und dem König von England, als Kurfürsten von BraunschweigLüneburg,“ vertauscht.

Alle diese veränderten Verfügungen wurden, in Gefolge erneuerter Anträge der vermittelnden Minister vom 5. Nov. f) nicht allein in den deutschen Text der ersten Ausfertigung des ReichsDeputationsHauptschlusses vom

e) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, I. B. Sessio XXI. S. 446. 447. Beilage N. CXLV.

f) Ebendasselbst, Beilage N. CCXX.

23. Nov. 1802, §. 6. 9. 25. 35. 36. wörtlich aufgenommen, ff) sondern auch in dem, auf Verlangen derselben, am 3. Dec. der deutschen Uebersetzung beigefügten französischen Original der ersten 47 §§. gleichergestalt ausgedrückt. g)

§. 9.

Es konnte nicht ausbleiben, ein Gesetz, was so vielen geistlichen Stiftungen den Untergang verkündigt, was das Interesse so vieler daran Theil nehmenden Familien beiderlei Religionen durchkreuzt, was die Grundverträge und die darauf gebauete Verfassung so vieler Länder mehr oder weniger untergräbt, indem es an der einen Seite die erste Classe der LandesRepräsentanten, den ganzen Prälatenstand, zernichtet, und auf der andern Seite der obersten Gewalt im Staate, dem Landesherrn, ein neues Uebergewicht, durch die Einziehung so vieler begüterten geistlichen Stifter, Abteien und Klöster, beileget; ein solches Gesetz, sage ich, mußte grofse Sensation verursachen, mußte viele Gegner finden, manche Zweifel und Widersprüche in Bewegung setzen. Besonders seitdem man in Baiern schon anfang, das neue Gesetz, als es kaum erst vorgeschlagen, noch nicht einmal abgefasset, weniger noch genehmiget war, gegen die dortigen Prälaturen und KlosterGeistlichen beiderlei Geschlechts, ohne Schonung und Ausnahme, provisorisch zur Ausführung zu bringen; war nichts natürlicher, als die Besorgniß, daß allen geistlichen Stiftungen anderer Reichsländer, früher oder später, ein gleiches Schicksal drohe.

ff) Vierte Beilage.

g) Fünfte und sechste Beilage.

Der Verfasser einer in Regensburg, zu Anfang des Jahres 1803, ausgetheilten Schrift, unter dem Titel:

Einige Bemerkungen über die §§. 35. 36. des HauptdeputationsSchlusses vom 23. Nov. 1802; den hohen Gesandtschaften der vermittelnden Mächte, der allgemeinen Reichsversammlung und der gegenwärtigen ausserordentlichen Reichsdeputation, zur Beherzigung gewidmet, 1803. (22 S. in 8.)

benutzte diesen Augenblick, um die drei auf den Titel benannten hohen Behörden (§. 3.) auf die Schicksale so vieler Communitäten und Individuen aufmerksam zu machen; er suchte die Existenz solcher Institute zu sichern, die auf die Erziehung, den Unterricht, die Wissenschaften, den LandesCredit und den Wohlstand der sie umgebenden Gegenden keinen geringen Einfluss haben, und den Verfassungen altweltlicher Länder das Wort zu reden. Er fand es (S. 8.) „nicht wahrscheinlich, dass die vermittelnden Mächte das System der Säcularisation, oder ihren disponirenden Einfluss auch über die Grenzen des eigentlichen Entschädigungs Werkes, und selbst zum Nachtheil der Landesverfassungen, hätten ausdehnen wollen.“

Er suchte dagegen alle Gründe hervor, um die Deutung des Gesetzes (S. 6, 9.) geltend zu machen:

„Dass die befraglichen Bestimmungen eigentlich nur auf die Stifter und Klöster in den EntschädigungsLanden gemeinet seyn können“

Indem er es (S. 14.) wenigstens für unwidersprechlich erklärte: „dass die allegirten §. §. keinesweges deutlich und bestimmt

„bestimmt genug gefasst seyen;“ forderte er (S. 15.) die gegenwärtige ausserordentliche ReichsDeputation auf: „dafs sie, im Einverständnis mit den Ministern „der vermittelnden Mächte, jene Ungewisheit durch „bestimmte Erläuterungen noch in Zeiten zu heben „suche.“ Er erinnerte (S. 21.) die hohen Gesandtschaften an der gegenwärtigen ausserordentlichen Reichs-Deputation und an der allgemeinen Reichsversammlung:

„nicht zu vergessen, dafs sie in ihrem grossen Berufe „nicht blos den Vorthail, oder das Interesse der Regenten, ihrer respectiven Principalen, sondern auch „jenes der Länder und gemeinen Unterthanen zu besorgen und zu bewahren haben, und es, um ihre „Pflicht auch gegen die letzteren zu erfüllen, nicht „immer erst auf Reclamationen ankommen zu lassen.“

Es ist kein Zweifel, dafs diese Flugschrift, wo nicht von allen, doch von vielen der Manner, denen sie zur Beherzigung eigentlich empfohlen war, gelesen worden sei; und dafs ihr Verfasser, wahrscheinlich ein benachbarter Prälat, es auch nicht an mittelbaren oder unmittelbaren Insinuationen werde haben fehlen lassen, um seiner Intention bei einer, oder der andern dieser respectablen Classen von Lesern Eingang zu verschaffen. Wenigstens war es gerade damals Zeit, auf die Gemüther derselben zu wirken, wenn noch eine, für die Absicht seiner Deutung nützliche Anwendung oder Erläuterung in dem Gesetze angebracht werden sollte.

Er war um so vielmehr berechtiget, einen günstigen Erfolg von seinen Verwendungen, eine, seinen Wünschen

gemäße Erläuterung zu erwarten, als schon, gleich nach Eröffnung der ReichsDeputationsVerhandlungen über den ersten Indemnitätsplan, in der IV. Sitzung h) am 14. Sept. 1802, die Gesandtschaften von KuhrSachsen und Hoch- und Deutschmeister dahin abgestimmt hatten:

„dafs die Beziehung von Mediatstiftern und Klöstern nur von denjenigen Ländern, welche itzt zur Säcularisirung bestimmt sind, nicht aber von den Besitzungen der weltlichen Fürsten, deren landeshoheitliche Rechte nicht gekränkt werden dürften, am wenigsten aber von Stiftungen in evangelischen Reichslanden zu verstehen sei, bey welchem ohnehin der Begriff von Säcularisation nicht anwendbar ist, und wobei landesherrliche und landständische Gerechtsame eintreten.“

Auch ist hier, wo es nur auf die geschichtliche Entwicklung der allmählichen Entstehung des neuesten ReichsDeputationsHauptschlusses ankommt, keinesweges der Ort, die Gründe des Verfassers entkräften und der entgegengesetzten Deutung den Vorzug verschaffen zu wollen. Seine competenten Richter, die auf dem Titel benannten Leser, mit den Gründen seiner Deutung und mit dem Bedürfnis ihrer Erläuterung völlig bekannt gemacht, überheben uns dieser Mühe; und der Erfolg belehret uns auf die entscheidendste Weise darüber: Ob sie wirklich eine Ungewifsheit in dem Gesetze fanden, und welcher Deutung desselben sie den Vorzug zuerkannten? mit einem Wort: wie sie die Pflichten ihres hohen Berufs erfüllten?

h) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation zu Regensburg, erster Band, Sessio IV. S. 79. 82.

§. 10.

Nachdem immittelst (seit der XXXVII. Sitzung) die Beibehaltung der Rheinzölle mit der SchifffahrtsOctroi, zum Verstärkungsmittel der EntschädigungsMasse, in Vorschlag gebracht und namentlich für den KurfürstenErzkanzler i) angenommen war; bedurfte es dazu des bisherigen EntschädigungsSupplements nicht weiter. Die Anweisung von Renten aus MediatKlöstern zu diesem Zweck konnte nun entweder ganz aufhören, oder eine veränderte Richtung erhalten. Alles, was sich hierauf in dem Deputationsschlusse vom 23. Nov. 1802. bezog, erhielt nun, nach dem Vorschlag der vermittelnden Minister vom 11. Febr. 1803. k) eine wesentliche Abänderung. Sowohl die vor- malige namentliche Anweisung des Herzogs zu MecklenburgSchwerin auf die Klöster des Hochstifts Osnabrück, als die des KurfürstenErzkanzlers auf ungenannte Mediatstifter, ward im §. 9. und 25. beiden abgenommen und auf die RheinSchifffahrtsOctroi übertragen.

Weil diese aber nur einen sehr precären Ertrag zu gewähren schien, der den darauf angewiesenen Renten bei weitem nicht gerecht werden konnte; so ward dagegen, zum Supplement der darauf haftenden Entschädigungen, die freie und volle Disposition der Landesfürsten über alle Güter ihrer fundirten mittelbaren Klöster, katholischer und protestantischer Religion im §. 35. anstatt deren bisheriger Verwendung zu fremden Entschädigungen, ausser den Bedürfnissen des Gottesdienstes, des Unterrichts- und anderer gemeinnützlicher Anstalten, nun ausdrücklich auf

i) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation. II. Band. S. 727. f. f.

k) Siebente Beilage.

„die Erleichterung ihrer Finanzen“
erweitert und namentlich auf die Klöster
„sowohl in ihren alten, als neuen Besitzungen“
erstreckt. Ihre Disposition blieb nun nicht mehr auf sieben Zehntheile der KlosterAufkünfte beschränkt; und die protestantischen oder vermischten Klöster durften nun nicht weiter ausbeschieden werden, sondern deren vormalige Ausnahme ward nun ausdrücklich zurückgenommen, weil die einzige vorhin ausbeschiedene Verwendung derselben (§. 8.) nun gänzlich wegfiel.

Alle diese Distinctionen wurden absichtlich aufgehoben, dagegen unter den Zubehörungen, mit welchen die der landesfürstlichen Disposition überlassenen Klöster, nach dem §. 36. an ihre neuen Besitzer übergehen sollten, zu desto mehrerer Deutlichkeit, auch ihre

„Capitalien“
ausgedrückt; und man freuete sich, eine so nachtheilige Lücke in dem DeputationsHauptschlusse und dessen 35. §. nunmehr ausgefüllt zu haben.

Wenn also bisher dem Verfasser der Bemerkungen (§. 9.) es noch zweifelhaft gewesen war: ob unter den befraglichen Bestimmungen auch andre, als die EntschädigungsLande gemeinet seyn könnten? so war nun jede Ungewisheit ihrer Tendenz durch diese authentische Erläuterung gehoben; es war dadurch gerade das Gegentheil der, von ihm, den vermittelnden Gesandten zur Beherrigung empfohlen beschränkten Auslegung dieser §§. angenommen. Es war dieses auch um so viel eher zu erwarten, als schon seit dem 23. Nov. 1802. die zur Entschädigung angewiesenen Stifter und Klöster von den,

nicht zur Entschädigung angewiesenen, sondern ohne Rücksicht auf Verlust oder Ersatz, ausserdem den Landesherren zur freien Disposition überlassenen, zwar dem Begriff nach, ausdrücklich abgesondert, aber dem Effect nach beide objectivisch verschiedene Classen, subjectivisch wieder unter Eine Kategorie gestellet wurden.

§. 11.

So wie, von diesem Augenblick an, der Gesichtspunkt einer Entschädigung bei Ueberlassung der Mediatstifter und Klöster gänzlich aufhörte; eben so wenig darf man überhaupt, in der Erklärung der vorliegenden Urkunde, blos bei dem eingeschränkten Princip der Entschädigungen, wie es im VII. Artikel des Lüneviller Friedenstractats 1) zum Grunde gelegt war, stehen bleiben: ein Maasstab, der schon längst nicht mit ängstlicher Genauigkeit festgehalten, vielmehr mit eben so häufigen neuen gesetzlichen Bestimmungen z. B. §. 1. 4. 12. 13. 26. 27. 29. 31. 32. 33. verwechselt, der namentlich in Ansehung der Disposition über die mittelbaren Stifter seit dem 11. Febr. 1803. gänzlich verlassen war. m)

Man darf nur wenig mit dem Geist der ganzen DeputationsVerhandlungen, zumal in deren letzten Periode, vertraut seyn, um darin, nach dem wörtlichen Urtheile eines Augenzeugen, neben der EntschädigungsVerwendung, noch mehr eine andre, selbst nicht von den Gesandten

1) „L'empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires, qui se trouvent depossédés à la rive gauche du Rhin, un dedommagement, qui sera pris dans le sein du dit Empire, suivant les arrangements qui da'prés ces bases, seront ultérieurement déterminés.“

[m) Siebente Beilage.

verhohlen gewordene Absicht zu entdecken, nämlich: eine neue politische Ordnung der Dinge in den Staaten selbst hervorzubringen, und den Landesherren mehr Rechte, mehr Kraft in ihrem Inneren zu verschaffen, um dadurch dem Reichskörper einen Theil des, durch den Verlust des linken Rheinufers, ihm genommenen Lebens auf eine andre Weise wieder zu ersetzen; und sicherlich würde dieses noch weiter gegangen seyn, wenn die Reichsstände die Gelegenheit dazu mehr hätten benutzen wollen.

Nicht also das EntschädigungsPrincip war allein mehr der Grund, aus welchem gehandelt wurde: Nein, man suchte, politisches Gleichgewicht und verstärkte innere Consistenz dem von aussen so sehr verwundeten Staatskörper wieder zu geben.

Sollte nicht, insoferne diese veränderten Grundsätze von Frankreich aus dictirt wurden, schon hier ein leises Ahnden des AntiRepublicanismus zu verspüren seyn, der ein Jahr später, in der so glücklich wiederhergestellten Monarchie des neuen Kaisers offen sich zu Tage legte?

§. 12.

Nur in dem, die Württembergischen Entschädigungen betreffenden 6. §. ward die allgemeine Regel, welche im §. 35. den Unterschied zwischen den Klöstern der alten und der neuen Besitzungen in Ansehung der landesfürstlichen Disposition aufhob, namentlich auf die Klöster der neuen Besitzungen eingeschränkt; die Klöster in den alten Württembergischen Besitzungen wurden gänzlich ausgelassen; in Ansehung ihrer bedurfte es also des Vorbehalts ihrer verfassungsmässigen Bestimmung nun nicht weiter. Der Württembergische Subdelegirte bei der ReichsDeputa-

tion erklärte diese Veränderung in seinem Votum zum DeputationsProtocoll der XLIII. Sitzung vom 15. Febr. 1803. so:

„die §. 6. durchstrichenen Worte fallen um deswillen hinweg, weil nunmehr §. 35. allgemein durchgreifende Grundsätze in Beziehung auf die geistlichen Besitzungen, und derselben Verwendung zum Besten der Kirche, des öffentlichen Unterrichts und des Staats festgesetzt worden sind.“ n)

Dagegen hatte nun zwar Niemand etwas zu erinnern. Wahrscheinlich würden auch die 14 reichen Prälaturen in Württemberg, ihrer Landstandschaft ohngeachtet, der Anwendung jener allgemein durchgreifenden Grundsätze eben so wenig, als die Baierschen (§. 9.) entgangen seyn, wenn es nicht anderweitig bekannt genug wäre: dafs zu eben der Zeit, als der ReichsDeputationsschluss in Regensburg unterhandelt wurde, eine separate geheime Convention mit Frankreich den Herzog ausdrücklich verpflichtet hatte, die Klöster und Prälaten, so Landstände sind, in seinen alten Ländern zu belasten, wie sie sind.

Es würde dieser besondern Verabredung nicht bedurft haben, wenn schon ausserdem es von selbst sich verstanden hätte, dafs landständische geistliche Stiftungen in den alten evangelischen Reichslanden von den allgemein durchgreifenden Wirkungen des DeputationsSchlusses befreiet seyn sollten.

Diese, durch die eben so bekannten Negociationen der Württembergischen Landschaft, in Paris bewirkte Aus-

n) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, II. Band, Sessio XLIII. S. 312.

nahme von der Regel des DeputationsHauptschlusses bestätigt, folglich dessen Anwendlichkeit in allen andern, nicht eben so ausdrücklich ausbeschiedenen Staaten Deutschlands desto uneingeschränkter.

§. 13.

In eben dieser XLIII. und der folgenden (XLIV.) Sitzung beschäftigte sich nämlich die versammelte Reichs-Deputation mit der Prüfung der, von den vermittelnden Ministern vorgeschlagenen Fassung der abzuändernden Paragraphen des HauptSchlusses vom 23. November.

Auch bei dieser Gelegenheit inhärrten die beiden Gesandtschaften von KurSachsen und Hoch- und Deutschmeister ihren vormaligen Abstimmungen (§. 9.):

„dafs die §. 35. gemachte ausdrückliche Erstreckung
 „des Säcularisationsrechts der Landesherrn auf alle
 „Mediatstifter und Klöster in den alten Erblanden
 „ausser dem der Deputation angewiesenen Geschäfts-
 „kreise liege;“ „dafs dadurch die, nach dem West-
 „phälischen Frieden und besonderen Verträgen,
 „in jedem reichsständischen Lande bestehende Ver-
 „fassung, überhaupt aber die gegründeten Rechte
 „eines dritten, nicht aufgehoben, noch verändert
 „werden;“ — — „dafs dieser §. nicht anders, als
 „unter der vormals, §. 6. des DeputationsHauptschlus-
 „ses enthaltenen Beschränkung, nämlich ohne Ab-
 „bruch der verfassungsmässigen Bestim-
 „mung, verstanden werden wolle.“

Allein, ausser der bereits (§. 12.) angeführten Erklärung Würtembergs über die Allgemeinheit der Tendenz des gedachten Paragraphen insbesondere, stimmten die Sub-

delegirten von KurBrandenburg, Baiern, HessenCassel und KurMainz ausdrücklich für die Aufnahme und Einschaltung der

„sämmlichen (von den vermittelnden Ministern)
„vorgeschlagenen Beisätze, Ergänzungen und Abände-
„rungen in dem Deputationsschlusse.“

Ohne auf jene dissentirende zwei Stimmen weiter zu achten, ward, in Gefolge dieses Uebergewichts einer entscheidenden StimmenMehrheit, das gemeinschaftliche Concluseum am 15. Februar dahin abgefaßt:

„dafs den Anträgen der vermittelnden Minister, nur mit alleiniger Ausnahme einiger Bemerkungen über die einzigen beiden §§. 29. und 39. (also in Ansehung der §§. 35. und 36. unbedingt) beizutreten sei und hiernach nunmehr die Paragraphen des DeputationsHauptschlusses, welche Abänderungen und Zusätze erhalten sollten, zu adjustiren seyen.“

Als man am 16. Febr. damit fertig geworden war, wurden die darnach abgeänderten Paragraphen öffentlich vorgelesen; und,

„nachdem sämmliche neu redigirte Paragraphen
„verlesen und adjustiret worden; erklärten Domini
„Subdelegati: dafs sie solche den Noten der vermit-
„telnden Herren Minister und den bisherigen De-
„putationsConclusis gemäfs fänden.“ o)

So beherzigten die Gesandten bei der ausserordentlichen ReichsDeputation die ihnen empfohlenen Bemerkungen über den §. 35. und 36. des Deputations-

o) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, II. Band.
S. 802. 806. 807. 809. 810. 817. 818. 819. 822.

schlusses; und so erfüllten sie den, von deren Verfasser (§. 9.) ihnen in Erinnerung gebrachten grossen Beruf: dafs die von ihm vorgeschlagene Erläuterung zwar wirklich in Bewegung gebracht, aber nach reiflich erwogenen Gegengründen, (*in contradictorio*) durch eine überwiegende Majorität, desto unwidersprechlicher verworfen wurde!

§. 14.

Hiermit noch nicht zufrieden, nahmen zwar die vermittelnden Gesandten die, von der kaiserlichen Plenipotenz ihnen zugestellten abgeänderten Paragraphen, und namentlich den §. 6. 9. 25. 35 und 36. des Deputations-Hauptschlusses, p) als mit ihren Vorschlägen und mit den DeputationsBeschlüssen übereinstimmend, an. Weil aber das Original der 47 ersten §§. französisch ausgefertigt war; so trugen sie am 21. Febr. 1803. wiederholt darauf an: dafs eine neue französische Ausfertigung derselben, mit den zuletzt einverstanden gebliebenen Abänderungen, der deutschen Uebersetzung von der ReichsDeputation beigefügt und ein zweites Exemplar des Hauptschlusses, worin die abgeänderten Paragraphen, nach ihrer Ordnung, in der beigefügten neuen Fassung eingeschaltet wären, bei der ReichsVersammlung eingereicht wurde. q)

Beides geschah sogleich am folgenden Tage. r) Die Deputation gestand in ihrem Bericht an die allgemeine ReichsVersammlung vom 25. Februar:

„dafs der DeputationsHauptschluss vom 23. Nov. 1802.

„noch nicht alle, zu dem Entschädigungsgeschäfte

p) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation. CCCXXXIII. und CCCXXXVI. Beilage. S. 188. 194.

q) Achte Beilage.

r) Neunte Beilage.

„gehörige Gegenstände erschöpfen konnte, sondern
„darin noch manche wichtige Bestimmungen vor-
„behalten werden mußten — — daß die in ihrem
„ersten DeputationsHauptschlusse noch fehlenden
„wesentlichen Bestimmungen nunmehr wirklich
„erfolgen konnten, daß sie daher hiernach bei
„allen einschlagenden Stellen und Paragraphen des
„DeputationsHauptschlusses die nöthigen Abän-
„derungen getroffen haben, — — um auf solche
„Art der allgemeinen ReichsVersammlung diesen
„abgeänderten DeputationsHauptschlus abermal in
„vollem Zusammenhange vorlegen zu können. s)

§. 15.

So entstand, in einem halbjährigen Zeitraum, nach und nach jedes sorgfältig überdachte einzelne Wort der vorliegenden Paragraphen, ohne dabei weitere Abänderungen nöthig zu halten.

Die hohe ComitialVersammlung hatte sich noch einen Monat länger Zeit gelassen, von den Zweifeln und Wünschen des Verfassers der Bemerkungen Kenntniss zu nehmen; und gerade sie hätte, vorzüglich in diesem entscheidenden Augenblick einer neuen ReichsGesetzgebung, sowohl die Befugnis, als die Verpflichtung gehabt, davon Gebrauch zu machen, wenn es ihre Absicht gewesen wäre, die ihr zur Beherzigung empfohlene restrictive Auslegung zu billigen, oder auch nur die vermeintliche Ungewisheit der ersten Redaction des DeputationsSchlusses vom 23. Nov. wiederherzustellen. Dennoch ward in

s) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, Session XLVI. II. Band, S. 840, 841 — 934, 938.

dem am 24. März abgestatteten Reichsgutachten nur der mit den Abänderungen und Zusätzen vom 25. Febr. neu verfasste DeputationsHauptschluss,

„nach reifer der Sache Erwägung, als das einzige
„Mittel, den für das Wohl des gesammten Vaterlan-
„des und für die Erhaltung des Reichsverbandes selbst
„so nothwendigen Ruhestand zu befestigen, und eine
„gute Ordnung der Dinge im Reiche wieder herzu-
„stellen, von gesammten Reichs wegen genehmiget. t)

Wenn sie aber zugleich, ihres hohen Berufs zur genaueren Prüfung seines Inhalts vollkommen eingedenk, die Bestätigung der Reichsgrundgesetze, insonderheit des Osnabrückschen FriedensInstruments und der darauf gefolgten FriedenSchlüsse,

„in so ferne solche durch den Lüneviller Tractat und
„den gegenwärtigen ReichsSchluss nicht ausdrück-
„lich abgeändert worden,“

so wie eine Verwahrung der bisher bestehenden deutschen ReichsVerfassung „in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Puncten“ voraussetzte; so ging sie dabei von der Ueberzeugung aus: daß durch den ReichsdeputationsSchluss allerdings die ältern ReichsfundamentalGesetze, mit der darauf gebaueten deutschen ReichsVerfassung, in mehrern Stücken eine Abänderung erlitten hatte.

Zu diesen wissentlichen und itzt wohlbedächtlich anerkannten Abänderungen gehörte unstreitig auch die landesherrliche DispositionsBefugnis über die mittelbaren Stifter und Klöster, insoferne deren Beibehaltung bis dahin auf

t) Zehnte Beilage.

reichs-oberhauptlich sanctionirten Landesverträgen beruhete, oder zum Theil durch ausdrückliche ReichsGrundgesetze, u) gegen jede landesherrliche Einziehung gesichert war. Dennoch ward diese von den angenommenen Abänderungen der bisherigen ReichsGesetze und Verfassung nicht ausbeschieden, sondern darunter stillschweigend mitbegriffen; eben dadurch ward folglich auch sie in ihrem ganzen Umfang, ohne alle Beschränkung auf die EntschädigungsLande, zur gesetzlichen Kraft befördert.

§. 16.

Noch einen ganzen Monat später, also nach noch gereifterer Ueberlegung, erfolgte die kaiserliche allerhöchste Sanction des neuen ReichsFundamentalGesetzes, in dem RatificationsDecret vom 27. April w). Auch dieses trägt das unverkennbarste Gepräge der genauesten Kenntnissnehmung und sorgfältigsten Untersuchung an der Stirne. Auch in demselben findet man hier Ausnahmen, dort nähere Bestimmungen. Namentlich wurden darin, unter mehreren vorausgesetzten Bedingungen und Reservationen, die §§. 2. und 32. von der reichsoberhauptlichen Genehmigung ausdrücklich ausbeschieden.

Konnten nicht auch eben so gut die §§. 35. und 36. von der allerhöchsten Ratification entweder ganz oder zum Theil ausgeschlossen, oder allenfalls nur auf die Entschädigungslande beschränkt werden, wenn deren ausdrückliche Erweiterung auf die alten Besitzungen beider Religionstheile irgend bedenklich oder mißfällig gewesen wäre?

u) Osnabrücksches FriedensInstrument Art. XI.
§. 1, 4, 6.

w) Elfte Beilage.

Wird also nicht gerade, durch die Beschränkung der Ausnahmen auf die beiden einzigen §§. 2. und 32. jeder andrer Paragraph des DeputationsSchlusses vom 25. Febr. mithin auch die §§. 35. und 36. in ihrer wörtlichen Fassung, desto uneingeschränkter unter die Kategorie der Regel einer unbedingten Ratification aufgenommen? nach dem bekannten Grundsatz: *exceptio firmat regulam in casibus non exceptis!*

§. 17.

Nachdem solchergestalt das Geschäft der neuen Reichs-Legislation auf die verfassungsmässigste Weise völlig beendet war; konnten die vermittelnden Mächte desto unbedenklicher ihrer Arbeit das Siegel aufdrücken. Indem sie in der vorhin schon (§. 3.) vorausgeschickten gesandtschaftlichen Erklärung vom 9. May jeden Zweifel gegen die buchstäbliche Auslegung des Textes für immer entfernten; verwarfen sie zugleich jede Beschränkung auf darin nicht ausgedrückte Rechte und entkräfteten im voraus jeden Bezug auf ältere Verfassung und aufgehobene Gesetze x). Konnte man deutlicher und unzweideutiger sich darüber äussern, dass die auch ihnen zur Beherzigung empfohlne Zurückführung der landesherrlichen Disposition über die mittelbaren Stifter und Klöster im §. 35. und 36. auf die Entschädigungsländer, ausser dem Gebiet ihrer Intention lag, und ihren Beifall nicht fand? Wer war auch mehr zu dieser authentischen Erklärung berechtigt, als eben sie, denen actenkündig jedes Wort der 47 ersten Paragraphen des DeputationsSchlusses eigenthümlich angehörte? da bekanntlich ein jeder seiner eigene Worte bester Ausleger ist.

x) Zwölfte Beilage.

Läfst es sich nun noch wohl gedenken, daß in diesem, von den beiden ersten Europäischen Mächten für authentisch erklärten Text Ein Wort umsonst und zwecklos aufgenommen seyn sollte? Wer sieht nicht vielmehr deutlich, daß die erleuchteten Verfasser desselben die wesentlich verschiedenen Begriffe von

fundirten und nicht fundirten,

Manns- und Jungfrauen-

mittelbaren und unmittelbaren,

katholischen und protestantischen

} Klöstern

in den alten und neuen Besitzungen

sehr gut von einander zu unterscheiden wußten? Ist es denn wohl glaublich: daß sie das, was sie im §. 35 und 36. von

„fundirten, mittelbaren, protestantischen, Jungfrauen-

„Klöstern in den alten Besitzungen ihrer respectiven

„Landesherren,“

ausdrückten, nicht von diesen, sondern von dem Gegentheil, von

nicht fundirten, unmittelbaren, katholischen, Manns-

Klöstern in den neuen Besitzungen

oder umgekehrt, verstanden, daß sie so wesentlich verschiedene und, während der ganzen Unterhandlung, so sorgfältig abgesondert erhaltene Kategorien zuletzt dennoch mit einander verwechselt und jene für diese genommen haben sollten? Oder muß man nicht vielmehr annehmen: daß es die unverkennbare Absicht des ReichsDeputationsHauptschlusses vom 25. Febr. 1803. §. 35. 36. gewesen ist,

„alle Güter der fundirten mittelbaren protestantischen Jungfrauen Klöster in den alten Besitzungen, mit allen ihren Rechten, Capitalien und Einkünften, der freien und vollen Disposition ihrer respectiven Landesfürsten, zur Erleichterung ihrer Finanzen“ u. s. w.

wirklich zu überlassen? Mit einem Wort: daß das französische Original von dem §. 35. und 36. des Hauptschlusses nicht anders, als im ganz buchstäblichen Sinne zu verstehen sei?

§. 19.

Noch könnte hiebei der Zweifel aufgeworfen werden:

„welche beibehaltene Domkirchen, und welche verabschiedete Geistlichen unter denjenigen gemeinet seyn mögen, deren respective fixe Dotation und lebenswierige Sustentation, als Bedingung der landesfürstlichen Disposition über die protestantischen Klostergüter, übernommen werden soll?“

Ob nämlich nur einheimische, oder auch auswärtige, und unter diesen auch katholische, darauf Anspruch machen dürfen?

§. 20.

Diese Fragen beantworten sich zwar schon im Allgemeinen aus der, dem §. 35. als Regel voraufgeschickten „freien und vollen Disposition des respectiven „Landesfürsten“ dahin von selbst: daß wenigstens kein fremder Landesherr darüber disponiren kann.

Gegen alle etwanigen Ansprüche katholischer Domkirchen und Geistlichen auf protestantische Klostergüter
insbe-

insbesondere, schützt nicht allein der geistliche Vorbehalt in dem Religionsfrieden von 1555, §. 18. 19. und das Osnabrückische FriedensInstrument von 1648. Art. V. §. 45 — 47.; sondern auch die, letzteres ausdrücklich bestätigende Verfügung des ReichsDeputationsHauptschlusses vom 25. Febr. 1803, §. 63.

„die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt seyn; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts auch Schulfonds, nach der Vorschrift des Westfälischen Friedens, ungestört verbleiben.“

Bedürfte diese Stelle eines Commentars; so enthält solchen die Erklärung des Würtembergischen Subdelegirten (vom 4. Jan.) in der XXXVI. Sitzung:

„ad §. 63. hat der DeputationsHauptschluss, wie aus mehr andern Stellen desselben erhellet, ohnehin keinen andern Sinn, als: dass jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres Kirchenguts, Pfarr- und Schulfonde, ohne Unterschied, wo und in welchen deutschen Landen dieselben liegen, dadurch bestätigt ist; wie insbesondere daraus erhellt, dass in Absicht auf sämtliche Stifter, Abteien und Klöster sowohl, worüber in dem EntschädigungsPlan besondere Vorsehung geschehen ist, als derjenigen, die der Disposition des Landesherren überlassen sind, ausdrücklich verordnet ist: dass ihre Güter, Einkünfte und Rechte, wo dieselben gelegen sind, demjenigen zugehören, welchem der Besitz eines

solchen Stiftes oder Klosters, vermöge des DeputationsHauptschlusses, gebührt.“ y)

§. 21.

Was aber die Versorgung der beibehaltenen Domkirchen und der aufgehobenen Geistlichen von derselbigen Religion anlangt; so entscheiden eben darüber die deshalb am Schlusse des §. 35. unter der Beziehung:

„conformement aux reglements — — qui seront déterminés incessamment“

nachgewiesenen Bestimmungen des ReichsDeputationsHauptschlusses (§. 53 — 61.) dahin: daß die beibehaltenen Domkirchen und die unterdrückten

„Geistlichen jedes Landes nur allein von eben den geistlichen Gütern, von welchen erstere beibehalten und letztere verabschiedet worden, ihre respectiven Ausstattungen und Pensionen zu erwarten haben sollen,“

Nirgends sind sie damit auf andre Länder und deren geistliche Güter angewiesen. Nur da,

wo eine Domkirche beibehalten,

wo die Geistlichkeit aufgehoben ist;

kann das Daseyn eines Domstifts, eines Klosterguts vorausgesetzt werden, womit jene dotirt, worauf diese fundirt war, und was nun, in Gemäsheit des §. 35. und 36. mit der zwiefachen reichsgesetzmäßigen Verbindlichkeit an den respectiven Landesherrn übergegangen ist: die beibehaltene Domkirche für immer, die aufgehobenen Geistlichen aber auf Lebenszeit zu versorgen.

y) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, II. Bd. Sessio XXXVI. S. 710.

Wo von dieser reichsgesetzmässigen Disposition über die Güter der Domstifter und Klöster beiderlei Geschlechts nicht Gebrauch gemacht werden konnte oder wollte; da ist auch keine Domkirche beizubehalten, keine Geistlichkeit aufgehoben.

Wo aber das eine oder das andre geschehen ist: da hat der disponirende respective Landesherr selbst seine eigne Verbindlichkeit mit der Ausstattung seiner beibehaltenen Domkirchen, oder mit der Unterhaltung seiner eigenen Geistlichen beiderlei Geschlechts reichsgesetzmässig zu erfüllen. Eine solidarische Verpflichtung der Stifts- und Klostergüter des einen Landesherrn, zur Uebernehmung der, auf die eingezogenen Stifts- und Klostergüter des andern Landesherrn reichsschlussmässig haftenden Abfindungen dortiger Kirchen und Geistlichen, oder ein Grenzstreit über den Umfang dieser Abfindungen zwischen mehrern Ländern, ist daher auf keine Weise gedenkbar: weil sonst nothwendig der eine Landesherr, dessen Domkirchen und Geistlichen aus den Stifts- und Klostergütern des andern Landesherrn versorgt seyn wollten, seine eigenthümliche reichsschlussmässige Verbindlichkeit nicht erfüllen würde. Nichts ist mithin evidentester als: dass die respective Dotation und Sustentation der Domkirchen und Geistlichen nur von den Ländern zu verstehen ist, wo deren Güter an die respectiven Landesherren zur reichsgesetzmässigen Disposition übergegangen sind.

§. 22.

Wo also keine Domstifter zur landesherrlichen Disposition übergingen; da gab's auch keine Domkirchen, die beibehalten oder von neuem ausgestattet werden durften.

Ueberhaupt bezeichnet der erste Indemnitätsplan vom 18. Aug. 1802 unverkennbar: dafs hiebei ursprünglich die Absicht nur auf katholische Domkirchen, bei welchen nämlich der Unterhalt eines Bischofs und seines Domkapitels auszumitteln blieb, gerichtet seyn konnte. In protestantischen Ländern kann von Beibehaltung und neuer Ausstattung einer solchen Domkirche überall nicht die Frage seyn, weil es daselbst keine Bischöfe giebt, zu katholischen geistlichen Dotationen aber kein evangelisches Kirchengut nach der Anweisung des 63. §. verwandt werden soll.

Hingegen wo auch Klöster zur landesfürstlichen Disposition eingezogen wurden; da hat man schon, in den Conventualen oder Conventualinnen eben dieser aufgehobenen Klöster, Geistliche genug, welche auf die reichsgesetzmässigen lebenswierigen Pensionen aus den Gütern eben dieser vormaligen Klöster Anspruch machen, ohne dazu erst fremder Competenten von eben der Religion zu bedürfen. In protestantischen Staaten bleibt also keine weitere Belästigung der eingezogenen geistlichen Güter übrig, als die Versorgung der geistlichen Personen, die bis dahin Mitglieder der Klöster und Domstifter waren. Sind diese allmählich ausgestorben oder abgefunden; so treten die eigentlichen reichsschlusmässigen Gegenstände der landesherrlichen Disposition:

„gottesdienstliche, Unterrichts- und andere gemeinnützliche Kosten und Erleichterung der Finanzen des
„Landesherrn,“

ohne alle weitere Belästigung, in ihre unbeschränkte Wirkung.

§. 23.

Nichts fehlte nun dem neuen ReichsGesetze weiter, als die Vollstreckung. Damit auch diese nicht durch beschränkende Auslegungen und vergebliche Bezugnehmungen auf abgeschafte Gesetze oder vormalige Verfassung vereitelt und dadurch der Gang der Gerechtigkeit bei den ReichsGerichten ohne Noth gehemmet werden könnte; ward von kaiserlicher Majestät der ReichsDeputationsHauptschluss vom 25. Febr. sowohl im französischen Urtext, als in der deutschen Uebersetzung, nebst dem bestätigenden ReichsGutachten vom 24. März und dem kaiserlichen RatificationsDecret vom 27. April, beiden höchsten ReichsGerichten, unterm 25. Julius, namentlich zu dem Ende mitgetheilet:

„damit in den, an die ReichsGerichte gelangenden Vorkommenheiten der Inhalt jener Urkunden, als gesetzliche Vorschrift, pflichtmälsig beobachtet werde.“ z)

Nicht also ein erzwungener Sinn, nicht etwa eine blosse Beschränkung auf die EntschädigungsLande; nein, der wörtliche Inhalt des ganzen DeputationsSchlusses, mithin auch jedes einzelnen Paragraphen, mit alleiniger Ausnahme des 2. und 32. ward den reichsgerichtlichen Erkenntnissen zur Richtschnur gesetzlich vorgeschrieben.

z) Dreizehnte Beilage.

Zweite Abtheilung.

Practische Beobachtungen über die Anwendung des Reichsgesetzes.

§. 24.

Mit dieser geschichtmässigen Theorie der Auslegung des Reichsschlusses, hat sich auch die Praxis mehrerer deutschen Staaten vorlängst einstimmig erklärt.

In den KuhrPfalzBaierschen alten ReichsLanden wartete man wie schon oben (§. 9.) bemerkt ist, nicht einmal bis zur verfassungsmässigen Sanctionirung des neuen FundamentalGesetzes, um dasselbe gegen die dortigen fundirten Stifter, Abteien und Klöster beiderlei Geschlechts, mit aller Strenge zur Ausführung zu bringen.

Ohngeachtet auch in Baiern, wie allenthalben, diese Prälaten die erste Curie der Landstände bildeten, denen es nicht an landesherrlichen Privilegien und SchutzBriefen fehlte; ohngeachtet die Landschaft noch in dem Neuburger LandtagsAbschiede vom 10. Junius 1802, als man zuerst anfieng, die ständischen Güter des DominicanerOrdens beider Geschlechter einzuziehen, die feierliche Versicherung erhalten hatte: dafs

„die Existenz der übrigen ständischen Klöster, ohne
„ständische Mitwirkung, keinen Eintrag zu be-
„sorgen haben solle;“

war doch keine landschaftliche Vorstellung, selbst nicht ein Bezug auf das, von der LandesHerrschaft gegebene FürstenWort:

„kein ständisches Stift oder Kloster, ausser
„ihrem selbseigenen Zerfall, aufheben wolle,“

war vermögend, eben die vorhin (§. 9.) benutzten Gründe zu ihrem Besten geltend zu machen und das Schicksal der allgemeinen Unterdrückung von den Baierschen geistlichen Stiftungen abzuwenden.

Kaum war das neue ReichsGesetz von dem allerhöchsten ReichsOberhaupte (§. 16.) ratificiret; so erklärte der Kurfürst in der FinalResolution vom 14. May 1803, wegen fernerer Erhaltung der Stifter und Klöster, seinen reiflich und wohl erwogenen Entschlus:

„von den, in Kraft des ReichsFriedensSchlusses, getroffenen Verfügungen und von der gänzlichen Auflösung der PrälatenBank nicht abweichen — — die reichsgesetzliche Hülf Quelle zur Herstellung der StaatsKraft nicht hingeben“

zu können. Die Landschaft beruhigte sich endlich am 6. Junius bei diesem

„beharrlichen höchsten Willen einer gänzlichen Aufhebung der landständischen Stifter und Klöster.“

Bei der Unmöglichkeit einer Rettung ihres Mitstandes, bei dessen gänzlicher und unwiderruflicher Zernichtung, begnügte sie sich mit der einzigen, sehr richtigen Bemerkung:

„dafs die Verwendung dieses Vermögens, nach den Bestimmungen des ReichsFriedensSchlusses geschehen müsse; dafs das Land auf diese bestimmte Verwendung eben auch aus berührtem ReichsFriedensSchlusse ein *jus quæsitum* habe;“

Sie wünschte, nur davon unterrichtet zu werden:

„Was hiervon zu jedem der drei ersten und edleren Zwecke bestimmt, und was sodann zum Behuf der Finanzen verwendet werde.“ a)

Dafs hier, wie dort, unter dem Reichsfriedens-Schlusse nichts anders, als der Hauptschluss des Reichs-FriedensExecutionsConsesses, gemeinet ward, bestätigt sich zum Ueberflus aus eben desselben anerkannten Bestimmungen der Verwendungen des geistlichen Vermögens und bedarf keiner weiteren Erinnerung.

Hiebei ist es denn auch geblieben; und Niemandem fiel es ein, gegen die landesherrliche freie und volle Disposition über die Baierschen Stifter, Abteien und Klöster, reichsoberhauptliche oder oberstrichterliche Einschreitungen zu reclamiren, die sonst der Baierschen Landschaft eben so wenig, als der Fränkischen ReichsRitterschaft versagt seyn würden, wenn jene der Absicht des Reichs-Schlusses eben so zuwider gewesen wäre, als die Unterwerfung der letzteren.

§. 25.

Gemässiger war hingegen das System der Preussischen Monarchie. Man begnügte sich, im allgemeinen unterm 21. Febr. 1804, das Principium der, durch das neueste ReichsConclusum erlangten uneingeschränkten landesherrlichen Disposition über die Stifter in den königlichen Landen, der vollkommenen landesherrlichen Berechtigung zur gänzlichen Aufhebung aller Stifter, ohne Beschränkung auf die Entschädigungsländer, öffentlich geltend zu machen. Die Stifter selbst lies man zwar in den alten deutschen ReichsLanden für immer in ihrer

a) Vierzehnte und funfzehnte Beilage.

Existenz, indem man sie als das beste Mittel betrachtete, Verdienste um den Staat zu belohnen. Man wandte aber die reichsschlusmässige Disposition darüber dazu an, diesem Belohnungsmittel die grösstmögliche Ausdehnung zu geben.

Nur ihre bisherige Verfassung ward im Wesentlichen dahin abgeändert: dafs dem Landesherrn keine Schranken gesetzt werden durften, die Stellen in denselben zu vergeben, sondern ihm die ausschliessende Befugnifs zugeeignet ward, künftig alle vacant werdende Stellen, zur Belohnung ausgezeichneten Verdienste Selbst zu besetzen; und dafs insbesondere bei den Frauenstiftern ihm die ausgedehntesten Mittel verschafft wurden, für dürftige Frauenzimmer aus allen Ständen, besonders aus der Classe der Staatsdiener zu sorgen. b)

Was sind und werden aber dadurch die Stifter und Klöster anders, als landesherrliche Cassen, nur zu bestimmten Ausgaben des Landesherrn angewiesen? als SublevationsFonds der übrigen herrschaftlichen Cassen, aus welchen bis dahin ausgezeichnete Verdienste um den Staat belohnet, dürftige Töchter treuer Staatsdiener vom Militair- und Civilstande versorgt werden mufsten, und die nunmehr diese Ausgaben ersparen? mit einem Wort, nichts als Erleichterungen der landesherrlichen Finanzen, zur ausschlieslichen, unbeschränkten Disposition des Landesherrn? Nichts bleibt mehr übrig von der bisherigen eignen Besetzung der, in den Stiftern und Klöstern erledigten Stellen, durch die freie Wahl oder Reception neuer Mitglieder; nichts von den damit für die übrigen

b) Sechszehnte und Siebeuzehnte Beilage.

verknüpften Vortheilen des Turnus und andern Emolumenten.

Alle jene freiwillige Einschränkungen in der Anwendung lassen folglich an der Unbeschränktheit der reichsgesetzlichen freien und vollen Disposition an und für sich selbst um so weniger einen Zweifel übrig, als, ohne ihre Voraussetzung, die willkührliche Bestimmung der ersteren nicht gedenkbar, noch ausführbar seyn würde.

Das Domkapitel zu Halberstadt erkannte selbst diese landesherrliche Dispositionsbefugnis, indem es das erste war, was die nöthigen Abänderungen seiner bisherigen Verfassung der königlichen Entscheidung anheim stellte. Da eines der wesentlichsten ReichsfundamentalGesetze, das Osnabrückische FriedensInstrument, (Art. XI. §. 1.) die Verfassung des Halberstädtischen Domkapitels für immer gesichert und dem Kurrhause Brandenburg nur den vierten Theil der damaligen Domherrenstellen einzuziehen, verstatet hatte; so ist eben dieses Beispiel ein Belag zu der Erklärung des Reichsgutachtens vom 24. März 1803: (§. 15.) daß das Osnabrückische FriedensInstrument durch den neuesten Reichsschluss ausdrücklich abgeändert worden; und eben dadurch ist zugleich die vorhin schon, durch die Mehrheit der ReichsDeputation verworfene kurr-sächsische Erklärung vom 15. Febr. 1803, (§. 13.) als ob durch den §. 35. des DeputationsHauptschlusses die, nach dem Westfälischen Frieden bestehende Verfassung nicht aufgehoben, noch verändert werden könne, zum Ueberflus widerlegt.

Eben so wenig wird eine ähnliche Versicherung, die in eben dem ReichsGrundGesetze (Art. XI, §. 4. 6.) den

Domstiftern zu Minden und zu Magdeburg ertheilt wurde, daselbst die Anwendung gleicher Grundsätze in der Vollstreckung des neueren Reichsgesetzes zu verhindern, im Stande seyn.

§. 26.

Ist nun hiedurch die Allgemeinheit der reichsschlussmässigen DispositionsBefugniss des Landesherrn über die mittelbaren Klöster und Stifter beider Religionen in seinem Gebiet, ohne Beschränkung auf Entschädigungsländer, ausser Zweifel gesetzt; so hängt es eben so unbestreitbar von der Willkühr jedes andren Landesherrn ab: Ob und in welchem Maasse, oder zu welcher Zeit er von dieser seiner Befugniss, unter den reichsschlussmässigen Beschränkungen, Gebrauch machen will oder nicht? wie viel oder wie wenig von den Gütern und Einkünften der Stifter und Klöster zu den Kosten des Gottesdienstes, durch Verschönerung der Kirchen und Verbesserung ihrer Diener; oder zu den ErziehungsBedürfnissen der Jugend, durch Vermehrung der Schul- und Universitätsfonds, erhöhte Besoldungen ihrer Lehrer und sorgfältigere Unterweisung ihrer Zöglinge; oder zur Belebung des Kunstfleisses, zu Arbeitshäusern, zum Straassenbau, oder zu andern gemeinnützlichen Anlagen; oder endlich zur Vermehrung der herrschaftlichen KammerEinkünfte verwandt; ob hiebei das strenge Verfahren der kurfürstlichBaierschen, (§. 24.) oder das gemässigte System der königlichPreussischen Regierung, (§. 25.) oder welche von den, zwischen diesen beiden äussersten Puncten, in der Mitte liegenden Abstufungen des einen oder des andern, zur Anwendung gebracht, ob mehr oder weniger auf die Finanzen des Lan-

des Herrn, oder auf Verdienste und Bedürfnisse der Staatsdiener dabei Rücksicht genommen werden soll?

Die verschiedenen Uebergänge von dem einen zu dem andern jener Verwendungen und dieser Maasstäbe lassen sich im Allgemeinen nicht vorzeichnen; sie müssen, nach den verschiedenen Bedürfnissen und Umständen jedes Staats, dessen individueller Convenienz überlassen bleiben. Und wo gäbe es einen Staat, dessen Reihe von frommen Wünschen erschöpft wäre, wo nicht bald dieses, bald jenes öffentliche Desiderium unbefriedigt bleiben mußte, weil es dazu bisher an einem Fonds fehlte?

§. 27.

In jedem Fall wird man allenthalben mehr oder weniger auf entgegenstehende ältere Verfassungen und wohl-erworbene Rechte stoßen.

Allein, wie schon, nach den Grundsätzen des allgemeinen StaatsRechts, die Rechte der einzelnen Staatsglieder dem Wohl des Ganzen untergeordnet seyn müssen; so hat auch nicht allein das vorliegende neue Reichsgesetz die älteren ReichsGrundgesetze und die bisherige deutsche Reichsverfassung durch den ReichsDeputationsSchluß für abgeändert erklärt (§. 15); und die Verfasser des DeputationsSchlusses haben auch in ihrer Declaration vom 9. May 1803 (§. 17.) ausdrücklich die entgegenstehenden älteren Verfügungen (*dispositions précédentes*) für abgeschafft, (*abrogées*) angenommen: sondern es war auch zu allen Zeiten in dem deutschen StaatsRechte eine nicht ungewöhnliche Erseheinung, daß ältere LandesCompactate und Privilegien in Collisionsfällen widrigen neuen ReichsGesetzen weichen müssen.

Schon längst hat ein berühmter deutscher StaatsRechtslehrer, der ältere, mit den TerritorialVerfassungen, aus vieljähriger eigener Theilnehmung, eben so vertraute, als dem landständischen System bekanntlich vorzüglich günstige Moser c) die so oft bestrittene Frage:

„Was Rechtens sei, wenn ein neueres ReichsGesetz älteren Verträgen zwischen deutschen Landesherren und deren Landständen und Unterthanen, wie auch denen, von solchen Landesherren besagten Landständen und Unterthanen ertheilten Privilegien zuwider ist? besonders, ob und wie ferne erwähnte LandesVerträge und Freiheiten durch ein solches ReichsGesetz aufgehoben werden?“

aus einer geschichtlichen ununterbrochenen Reihe von Gesetzen und gerichtlichen Entscheidungen dahin beantwortet:

„Insoweit neuere allgemeine ReichsGesetze älteren ParticularLandesverträgen, Freiheiten und Herkommen zuwider sind, insoferne ist dadurch diesen LandesVerträgen, Freiheiten und Herkommen derogiret; ermeldete ReichsGesetze mögen nun eine ausdrückliche *clausulam derogatoriam* enthalten, oder nicht; und die dabei interessirte Landstände und Unterthanen mögen zuvor dabei gehöret worden seyn oder nicht — —

„Mir ist nicht auch nur ein einiger StaatsRechtslehrer bekannt, welcher das Gegentheil von auch nur Einem derer obigen Sätze behauptete.“

c) J. J. Moser von der Collision widriger neuer ReichsGesetze mit älteren LandesCompactaten und Privilegien, in seinen Nebenstunden (1757) IV. Th. S. 507, 566, 568.

Eines der neuesten späteren Beispiele solcher Reichs-Gesetze enthält der ReichsSchluß, vom 25. Oct. 1775, wegen Erhöhung der Kammerzieler, §. 33. nebst dessen kaiserlicher Ratification vom 15. Dec. desselben Jahres, in den Worten:

„dafs zur Beihülfe des, solchergestalt vermehrt werdenden *Quanti* zum KammerGerichtsUnterhalt, die Stände des Reichs ihre LandStände, Bürger und Unterthanen, ohnverhindert aller anderweiten Verträge, Obligationen, Statuten, Gebräuche, Gewohnheiten und Herkommen, herbei ziehen.“ d)

§. 28.

Insbesondere liefert die Geschichte von Mecklenburg ein auszeichnendes Präjudicium von der rechtskräftigen Aufhebung älterer, sogar *titulo oneroso* von den LandStänden erworbener, landesherrlichen Bewilligungen durch neuere ReichsGesetze.

Gegen freiwillige Uebernehmung einer Summe von 400,000 Gulden landesherrlicher Schulden, hatten zwar die Mecklenburgischen Unterthanen aller Stände von den Herzogen Johann Albrecht und Ulrich, in einem AssecurationsRevers vom 4. Jul. 1572. die Versicherung erhalten:

„dafs diese, von der Landschaft itzt abermals geleistete
„freiwillige Hülfe ihnen und allen ihren Nachkom-
„men, an ihren Privilegien, Freiheiten, Gewohnheiten
„— — ganz unschädlich und unnachtheilig seyn soll;
„sie sollen auch solche und dergleichen Beschw-
„rungen auf sich zu nehmen und Hülfe zu lei-

d) Pütters neuester ReichsSchluß über einige Verbesserungen des kaiserlichen und ReichsKammerGerichts, S. 12. 26.

„sten hinführe nicht schuldig und verpflichtet seyn,
 „sondern alle Wege bei ihren alten Privilegien und
 „Freiheiten und der alten gewöhnlichen einfä-
 „chigen Landbede — — gelassen und weiter Un-
 „sre oder Unsrer Erben und nachkommenden Herzo-
 „gen zu Mecklenburg Schulden anzunehmen und zu
 „bezahlen nicht schuldig seyn und damit in kei-
 „nem Wege mit nichten beschweret werden.“

Eine gleichlautende Versicherung erhielten sie in dem
 AssecurationsRevers der Herzoge Adolph Friedrich I. und
 Hans Albrecht II. vom 23. Febr. 1621, gegen abermalige
 Uebernehmung einer Summe von einer Million Gulden lan-
 desherrlicher Schulden. Beide AssecurationsReverse wur-
 den nicht allein von dem römischen Kaiser Ferdinand dem
 II. am 7. Febr. 1626. confirmiret, e) sondern auch von den
 Landesherren, bei jeder HuldigungsEinnahme von neuem
 bestätigt.

Demnächst aber ward durch den jüngsten ReichsAb-
 schied vom Jahre 1654 §. 180. der Grundsatz: „dafs jedes
 Kurfürsten und Standes Landsassen, Unterthanen und Bür-
 ger zu Besetz- und Erhaltung der, einem oder anderen
 Reichsstand zugehörigen nöthigen Vestungen, Plätze
 und Garnisonen — ihren Landesfürsten, Herrschaften
 und Obern mit hülflichem Beitrag gehorsamlich an Hand
 zu gehen schuldig seyn sollen,“ allgemein gesetzlich fest-
 gestellet. Eben so ward durch die kaiserliche Resolution
 vom 19. Jun. 1670. öffentlich erklärt: „dafs ein jeder
 Kurfürst und Stand des Reichs von seinen Unterthanen
 zu ReichsDeputations- und KreisConventen die nöthigen

(e) Mecklenburgische GrundGesetze, S. 11, 22 23

Legationskosten erheben möge;“ so wie es schon vorher durch die kaiserliche WahlCapitulation Leopolds I. vom Jahr 1658, Art. III. gemißbilliget war: „dafs die Landstände — — wider des jüngsten ReichsAbschiedes (§. 14,) ausdrückliche Verordnung, sich des Beitrags, womit jedes Kurfürsten und Standes Landsassen und Unterthanen — zu — des ReichsKammerGerichts Unterhalt an Hand zu gehen schuldig sind, zur Ungebühr entschlagen.“

Nun beriefen sich zwar die Mecklenburgischen Landstände gegen die BeitragsForderungen ihres Landesherrn zu den izt reichsgesetzmässig gewordenen Garnisons-Fortifications- und Legationskosten, auch Kammerziellern, in einer, bei dem kaiserlichen ReichsHofrath deshalb angestellten Klage, auf jene früheren landesherrlichen BefreiungsVersicherungen. Dennoch ward durch eine kaiserliche Sentenz vom 7. Jul 1698 die

„Mecklenburgische Ritter- und Landschaft, ihres, aus dem AssecurationsRecefs und Reversalen de anno 1572 und 1621. auch andern beschehenen Einwendens ungehindert, zu Besserung und Erhaltung der Vestung Dömitz auch deren Garnison die Kosten, wie nicht weniger, die Legationskosten zu ReichsDeputations- und KreisTagen, auch KammerZieller zu bezahlen und zu erstatten, schuldig erkannt und verdammet f).“

§. 29.

Dieses Beispiel verdient hier vorzüglich um deswillen angeführt zu werden, weil in eben den zuerst angezogenen

f) Decisiones Imperiales in causis Mecklenburgicis Nro. 71, p. 52.

nen Reversalen vom Jahr 1572, Art. IV. von den Landesherren die drei, bei der Säkularisation übrig gebliebenen Jungfrauen Klöster Dobbertin, Malchow und Ribnirz der Landschaft

„dergestalt, daß sie zu christlicher ehrbarer Auferziehung der inländischen Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust hätten, angewandt und gebraucht werden sollen,“

überwiesen und eingeräumt wurden g).

Es darf hier nur beiläufig bemerkt werden: daß die Ueberweisung dieser Klöster an die Landschaft eine Folge des schiedsrichterlichen Machtspruchs war, welchen der Kurfürst Joachim von Brandenburg in den brüderlichen TheilungsStreitigkeiten beider damals regierenden Herzoge, am 1. August 1556 zu Ruppin dahin gefällt hatte: daß alle übrigen Klöster und Komthureien zwar zwischen beiden fürstlichen Brüdern gleich getheilt, hingegen die drei Klöster Neukloster, Ivenack und Dobbertin für die Jungfrauen der beiderseitigen Landstände erhalten werden sollten h). Wie inzwischen durch dieses, für beide damals streitenden Partheien nur entscheidende Erkenntnis einem Dritten keine Rechte genommen oder gegeben werden konnten, noch sollten; so sind auch selbst die Rechte beider Partheien aus demselben, durch den unbeerbten Abgang des Herzogs Ulrichs, für die alleinige Nachkommenschaft des H. Johann Albrechts vorlängst wieder mit einander consolidiret, folglich in dem herzoglichen Hause

g) Mecklenburgische Grundgesetze S. 16. ff.

h) Rudloffs Handbuch der Mecklenburgischen Geschichte, III. Theil, S. 152, 153.

selbst keine weitere Ansprüche auf die Befolgung jenes Machtspruchs übrig geblieben.

Auch war der Gebrauch und die Anwendung der protestantischen Jungfrauen Klöster zu weiblichen ErziehungsAnstalten an sich nichts Neues und nicht damals erst, sondern schon gleich nach der Reformation in Mecklenburg eingeführt i). Die Zurückführung der drei Klöster auf ihre ursprüngliche Bestimmung zu gottesdienstlichen Uebungen, christlichen Schul- und Erziehungsanstalten, die Abschaffung der dagegen eingerissenen Misbräuche und deren Vertauschung mit verbesserten Religionsbegriffen waren daher die Bedingungen, unter welchen sie izt der Landschaft übergeben wurden k). Dabei behielten sie ihren geistlichen Character unverändert bei, und die zu gleicher Zeit, auf landesherrlichen Befehl, von der theologischen Facultät zu Rostock, mit Zufriedenheit der Landschaft, für sie verfertigte Reformation und Kloster-Ordnung bestimmte ganz genau: wie es darin mit christlicher Lehre und gottesdienstlichen Uebungen gehalten werden sollte l). Von dieser Zeit an wurden demnach die Jungfrauen Klöster zwar nicht als säcularisiret, sondern als reformiret gesetzlich betrachtet m).

i) Mecklenburgische KirchenOrdnung vom Jahre 1552, Tit. von der Visitation, §. „Wo in Jungfrauen-Klöstern etc.“

k) Rudloffs Handbuch der Mecklenburgischen Geschichte, III. Theil, S. 265, 266.

l) Ebendasselbst S. 209.

m) Mecklenburgische revidirte KirchenOrdnung vom Jahr 1602, Tit. von der Visitation §. „In die Jungfrauen Klöster, so noch auf dem Lande und in den Städten vorhanden und nach der KirchenOrdnung reformiret sind“ etc.

„*Saecularisata beneficia differunt a beneficiis reformatis.*“
(Boehmer principia juris canonici, §. 619, 620.)

Es wird also nur noch darauf ankommen: ob gegenwärtig ein Bezug auf jenes ältere LandesCompactat von wirksamerem Erfolg, als im Jahre 1698, seyn werde, wenn es früher oder später dem Landesherrn gefallen sollte, das neuere ReichsGesetz vom Jahr 1803, §. 35, 36. wegen der freien und vollen landesfürstlichen Disposition über die noch übrig gebliebenen fundirten, mittelbaren, protestantischen Jungfrauen Klöster in seinen alten Besitzungen, geltend zu machen? oder ob eine deshalb bei den ReichsGerichten etwa angestellte Klage, solches Einwendens ungehindert, gleichergestalt werde verworfen werden?

§. 30.

Die Frage ist nicht davon: ob die unterdrückten geistlichen Corporationen selbst aus älteren LandesVerträgen und Privilegien ein Recht haben, ihrer Einziehung zu widersprechen?

Mit deren politischen Existenz hören alle äussere Wirkungen derselben auf. Wo wäre auch wohl eine geistliche Stiftung in der Welt, deren Errichtung und Erhaltung bei ihrem Eigenthum und bei ihren Gerechtsamen nicht durch Verleihungs- oder BewidmungsUrkunden und deren wiederholte Bestätigungen oder Anerkennungen, durch gütliche Vergleiche oder rechtskräftige Urtheile, selbst derjenigen Landesherrn, denen sie entweder zur Entschädigung angewiesen oder zur Disposition überlassen sind, überflüssig gesichert war? So lange es wenigstens Klöster und Stifter gab, hatten sie, so weit ihre Geschichte reicht, zu allen Zeiten und in allen Ländern nichts angelegeneres, als die Sicherheit ihrer Zeitlichkeiten

von Regenten zu Regenten, nicht nur bei jedem Successionsfall, wie bei jeder neuen Acquisition, sondern oft bei den entferntesten Agnaten und selbst bei dem höchsten Reichsoberhaupt, mit der wachsamsten Vorsicht so bündig und feierlich, als es dem Scharfsinn der Hierarchie nur irgend erdenklich war, gegen jeden lüsternen Versuch des weltlichen Arms unzugänglich zu machen und zu befestigen! Dennoch mußte ihre ganze, oft genug baar bezahlte Existenz dem höheren Gesetze des Staatsbedürfnisses weichen, ihr mühsam gesammelter und ängstlich bewahrter beweglicher und unbeweglicher Reichthum in die Masse des Staatsvermögens zurückkehren, sobald der Landesherr ihre längere Fortdauer überflüssig und die anderweitige Verwendung ihrer Güter und Einkünfte, entweder zu wohlthätigen gemeinnützlichen Zwecken oder zur Erleichterung seiner Finanzen, dem Wohl des Staats zuträglicher fand; und nie fiel es ihnen ein, der Anwendung dieser veränderten Begriffe ihrer LandesHerrschaft sich zu widersetzen.

Darin besteht ja gerade der wesentlichste Theil des landesherrlichen Reformati^on^sRechts, das Recht der Säcularisation nämlich: ein MajestätsRecht, dessen selbst katholische Regenten, zur Aufhebung überflüssiger geistlicher Stiftungen öfters sich bedienten; n) ein Recht, was vorzüglich alle protestantische Landesherren, nach der ReligionsVerbesserung, durch ganz Deutschland mehr oder weniger willkührlich, gegen ihre Stifter beiderlei Geschlechts, ohne jemandes Widerspruch, frei und öffentlich

n) Boehmer jus. eccl. protestantium T. II, p. 716. seqq. Wiese Handbuch des deutschen KirchenRechts, II, Th. S. 912. ff.

ausübten, ohngeachtet diese geistlichen Körperschaften allenthalben den ersten und bevorzugtesten Stand, die PrälatenCurie der Landschaft, bildeten.

§. 31.

Wer hinderte, um nur z. B. bei der Geschichte von Mecklenburg stehen zu bleiben, die Mecklenburgischen Landesherren, ihre Collegiatstifter zu Güstrow, Bützow und Rostock, die Abteien und Klöster ihrer Lande zu Doberan und Dargun, zu Eldena, Rehna, Ivenack, Zarrentin, Rühn, Tempzin, Neukloster und mehrere andre von beiden Geschlechtern, in dem kurzen Zeitraum von wenigen Jahren nach der Reformation zu säcularisiren und, ohne alle Rücksicht darauf, ob sie von ihren Vorfahren oder von fremden Landesherren, oder gar von PrivatWohlthätern gestiftet und bewidmet waren, zu ihrem Kammerfonds einzuziehen? Selbst, gegen die neuere Theorie des HeimfallsRechts in dem vorliegenden ReichsGesetze, §. 36. fanden sie keinen Anstand, die in ihren Landen belegenen Güter und Dependenzien auswärtiger Klöster, sobald diese bei ihrer LandesHerrschaft in die Reduction fielen, als heimgefallene Grundstücke (*bona vacantia*), in Besitz zu nehmen und zu behalten o). Und doch waren die Prälaten aller dieser Stifter und Klöster zugleich LandStände, denen bei jeder HuldigungsEinnahme, erneuerte Bestätigungen ihrer Privilegien und Güter von den Landesherren ertheilet worden wären!

Hatte nicht selbst eben der Herzog Adolf Friedrich der I. von MecklenburgSchwerin, dem im Osnabrückischen

o) Rudloffs Mecklenb. Geschichte, III. Theil. S. 129, 153, 265. MecklenburgSchwerinscher StaatsKalender 1804. II. Theil, S. 21, 24, 35, 36, 42, 44, 46, 56, ff.

FriedensInstrumente (Art. XII. §. 1.) die Bisthümer Schwerin und Ratzeburg

„cum potestate extinguendi canonicatus Suerinenses et Raceburgenses, post praesenti tempore residentium canonicorum decessum, omnesque redditus mensae ducali applicandi;“

erblich überlassen waren, hatte nicht, sage ich, eben dieser¹⁾, bei seiner vorherigen Postulation zum Administrator des Stifts Schwerin, in seiner beständigen Wahlkapitulation vom 17. Mai 1734. (Art. 11, 12, 13, ff.) dem dortigen Domkapitel ganz entgegenstehende Versicherungen, für die Erhaltung desselben bei seinen Gütern, Dignitäten und Gerechtsamen ertheilet? nicht sogar (Art. 31. 52.) jeder geistlichen und weltlichen Absolution und Relaxation entsagt? „aller Hülfe, Freiheit und Begnadigung sowohl „geistlicher, als weltlicher Rechte, so solchen Artikeln „widerwärtig seyn möchten, freiwillig und wohlbedächtig, getreulich und ohne Gefährde sich begeben?“ p)

Und wer wehrte ihm dennoch, von jener, durch ein späteres ReichsGesetz ihm beigelegten Gewalt, zur Aufhebung eines von ihm selber 14 Jahre früher gezeichneten GrundVertrags mit eben demselben ersten LandStande des Stifts Schwerin, Gebrauch zu machen?

§. 32.

Sollten endlich unter den vielen, durch den ReichsDeputationsschluss vom 25. Febr. 1803. §. 36. „namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stiftern, Abteien und Klöstern,“ nicht mehrere von eben

p) Gerdes Sammlung Mecklenburgischer Schriften und Urkunden, S. 501, 502, 510.

den neuen Besitzern, deren Gebiet das ihrige vorher begrenzte oder umschloß, oft genug Entsagungen aller Ansprüche und Versicherungen oder Anerkennungen ihrer Unabhängigkeit erhalten haben? Man denke nur z. B. an das DomCapittel zu Lübeck und an die gewöhnliche WahlCapitulation seines bisherigen Bischofs, des Herzogs von HolsteinOldenburg!

Können also die, in eben diesem Paragraph der Disposition der Landesherren überlassenen Stifter Abteien und Klöster in den alten Besitzungen, auf ähnliche Versicherungen oder Entsagungen ihrer ursprünglichen Landesherren mit mehrerem Rechte Bezug machen, als jene auswärtige in den neuen EntschädigungsLanden, auf die ihrer bisherigen Nachbarn? Oder, was sind die mittelbaren Stifter und Klöster besser, als die sämtlichen unmittelbaren ReichsPrälaten, Bischöfe und Erzbischöfe, die durch kaiserliche Foundationen und päbstliche Bullen, durch ReichsStandschaft und LehnsVerband, durch Concorde mit dem römischen Stuhl und kaiserliche WahlCapitulationen, durch ReichsFundamentalGesetze und oberstrichterliche Erkenntnisse, mit einem Wort, durch alles, was bis dahin für heilig und unauflöslich gehalten wurde, unter dem Schutze der Kirche und des Staats, bei dem ruhigen Besitz und Genuß ihrer Temporalien von der geistlichen und weltlichen Macht überflüssig sich gesichert glaubten und dennoch unabkömmlich sich der Säcularisation itzt Preis gegeben sehen müssen?

Sie befinden sich dieserhalb wenigstens in gleicher Lage, mit den, am Schlusse des 27. §. eben dieses neuen ReichsGesetzes, den KuhrFürsten und Fürsten zur Entschä-

digung zugefallenen ReichsStädten. Welche von diesen hatte nicht, selbst von eben dem Nachbarn, dessen MunicipalStadt sie itzt wurde, überflüssige, zum Theil durch Urthel und Recht erstrittene Beweise seiner Anerkennung ihrer Reichsunmittelbarkeit und Unabhängigkeit aufzuweisen? Aber das allmächtige ReichsGesetz hatte alle diese, bis dahin unüberwindlichen Schutzwehren ihrer Freiheit auf einmal zernichtet; und keiner fiel es ein, hinter diesen zerstörten Verschanzungen weiter Sicherheit suchen zu wollen, um dem über sie eben so unerbittlich, als ungehört ausgesprochenen Schicksale der Mediatisirung zu entgehen.

Selbst unter den beibehaltenen ReichsStädten, verfiel z. B. die Stadt Lübeck nicht darauf, dem Herzoge von MecklenburgSchwerin die Wirkungen des 9. §. des Reichs-Deputationsschlusses aus dem Grunde streitig zu machen, weil von ihm das, zur Entschädigung ihm zugetheilte PrivatEigenthum ihrer HospitalDörfer in Mecklenburg und auf der Insel Poel, bis dahin nie bestritten, vielmehr öffentlich anerkannt war q).

§. 33.

Mit einem Wort: es ist hier nicht die Rede von dem, ohnehin schon in dem Begriff der Landeshoheit liegenden *jure reformandi sacra* überhaupt; nicht davon: ob es nämlich an und für sich den Landesherren im Allgemeinen erlaubt seyn solle, auch die etwa noch übrig gebliebenen fundirten Mediastifter und Klöster in ihren al-

q) Rudloffs Mecklenburgische Geschichte, II. Th. S. 989.
MecklenburgSchwerinscher StaatsKalender 1803.
II. Th. S. 112.

ten Besitzungen, gleich den vorhin säcularisirten, zu ihrer freien und vollen Disposition einzuziehen?

Dazu hätte es einer neuen Gesetzgebung in Deutschland nicht bedurft, nachdem sich die protestantischen Fürsten wenigstens schon vor drittehalb Jahrhunderten, dieses Rechts, namentlich in Mecklenburg, (§. 30, 31.) ohne dazu erst von einer ausserordentlichen ReichsDeputation auctorisiret werden zu dürfen, ungestört bedienet hatten. Wann hätten sie dieses Rechts sich begeben? und wodurch sollte ihnen dessen Ausübung bis izt benommen gewesen seyn, um erst durch einen allgemeinen ReichsSchluss wiederhergestellt werden zu müssen? nachdem schon im westphälischen Frieden (art. V. §. 30.) vorlängst der allgemeine Grundsatz angenommen war:

„Quod statibus immediatis jure territorii et superioritatis, ex communi per totum Imperium hactenus usitata praxi, etiam jus, reformandi exercitium religionis competat.“

§. 34.

Nur allein davon kann noch die Rede seyn: Ob in dem Fall, da sie diesem Rechte entsagt hatten, ein Dritter, dem aus älteren Landesverträgen und Privilegien ein Anspruch auf irgend eine geistliche Stiftung zustehet, dadurch berechtigt sei, ihrer Einziehung zu widersprechen und der Anwendung des neuen ReichsGesetzes auf dieselbe, jene älteren LandesCompactate oder landesherrliche Versicherungen und Entsagungen entgegen zu stellen?

Nur um diese ausser Wirkung zu setzen, konnte es einer allgemeinen ReichsGesetzgebung bedürfen, weil die

Zernichtung fremder Ansprüche und eigener Zusagen nicht in dem Umfang der landesherrlichen Obrigkeit (*superioritas territorialis*) begriffen war, sondern allenfalls nur das Werk der obersten Staatsgewalt in Deutschland seyn konnte, wenn diese es dem Wohl des Ganzen zuträglich fand. Dafs gerade auch dieses wirklich in dem Plan der ReichsDeputation, bei der Disposition über die geistlichen Stiftungen lag, beweisen ihre öffentlichen Verhandlungen, worin sie solche Absicht ausdrücklich zu erkennen gab.

§. 35.

Schon in dem zweiten IndemnitätsEntwurf vom 8. Oct. 1802, §. 6. war dem Hause Würtemberg, unter mehreren EntschädigungsObjecten, auch das reichsadeliche JungfrauenKloster Oberstenfeld (in dem Würtembergischen Flecken dieses Namens) namentlich zugemessen v). Hiergegen stellte der Schwäbische ReichsRitterCanton Kocher bei der ReichsDeputation (am 8. Nov. 1802.) zwar vor: dafs „dieses, schon bei der Reformation säcularisirte und nur, als eine blofse VersorgungsAnstalt für adliche Fräulein, nach der Absicht seiner wohlthätigen Stifter, unter dem alten Namen gebliebene Stift dem Schwäbischen RitterCanton Kocher einverleibt sei und dahin Steuern zahle, so wie auch das Kochersche RitterortsDirectorium evangelischen Theils, beständiger, von des Herrn Herzogs von Würtemberg Durchl. ausdrücklich anerkannter wirklicher Vorsteher desselben sei und alle darauf Beziehung habende Befugnisse ausübe; dafs die evangelischen adelichen Fräulein, wel-

v) Zweite Beilage.

che, unter dem Namen Aebtissin und Conventualinnen zusammen leben, dasselbe wieder verlassen können, bei deren Aufnahme aber die erste und vorzüglichste Rücksicht auf Töchter Canton Kocherscher Mitglieder zu nehmen sei; dafs folglich gedachtes evangelisches FräuleinStift der bisherigen wohlhergebrachten immediaten Verbindung mit dem RitterCanton Kocher, und den unversorgten reichsadlichen Töchtern ein, durch die Wohlthätigkeit der Vorzeit ihnen zugedachtes, gegen Dürftigkeit sie schützendes Obdach nicht zu entziehen“

sei. Er bewies zugleich aus zwei HerzoglichWürttembergischen Rescripten vom 3. und 26. März 1711: dafs nach eigener Herzoglichen Anerkennung:

„die Statuta und Ordnungen dieses Freistifts zuvörderst der Noblesse des löblichen Cantons Kocher und
„dann der übrigen Ritterschaft in Schwaben das Vorzugsrecht zu solchem Stift ordinarie zueignen;“

dafs der Herzog die Versicherung,

„vornehmlich auch die Aufrechthaltung des Stifts
„und die, für dessen Conservation bisher getragene
„Vorsorge fürterhin zu continuiren,“

dem Directorium des RitterCantons Kocher

„als des Stifts Vorstehern,“

ertheilet hatte. s)

In der nächsten XXVI. Sitzung der ReichsDeputation erklärte sich darüber (11. Nov.) der HerzoglichWürttembergische Subdelegirte:

s) Dritte Beilage.

„besagtes Stift finde sich durchaus in demselben Verhältnisse, wie andre protestantische Damenstifter, über welche in dem Plan disponirt ist, da der Umstand, ob sie unmittelbar zum Reiche oder zu einem ritterschaftlichen corpore steuern, keinen Unterschied machen könne. Es sei demnach Sr. Herzogl. Durchlaucht keine andre Einschränkung zuzumuthen, als diejenige, welche bei den übrigen zu entschädigenden Fürsten, denen solche Stifter zugeschrieben worden, Statt finden.“

Die sämtlichen übrigen Herren Subdelegirten fanden, bei der

„so eben vernommenen Beschaffenheit der Sache, desfalls nichts zu erinnern t).“

Es blieb also, jenes ritterschaftlichen Widerspruchs ohngeachtet, nicht allein in dem DeputationsSchluss vom 23. Nov. sondern auch in dem späteren vom 25. Febr. §. 6. bei der Einziehung des Klosters Oberstenfeld, zum Besten des Herzogthums Wirtemberg u).

§. 36.

Nun aber ist zwischen

„den namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stiftern, Abteien und Klöstern“

und den

„der Disposition des Landesherrn überlassenen“

in dem 36. §. des neuen ReichsGesetzes durchaus kein Unterschied zugelassen.

t) Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, II. Band, S. 534, 535.

u) Vierte und neunte Beilage, §. 6.

Wie wäre es auch möglich gewesen,

„Alle fundirte Stifter, Abteien und Klöster in den
„alten sowohl, als in den neuen Besitzungen, katho-
„liche sowohl, als A. C. verwandte, deren Verwen-
„dungen, in den vorhergehenden Anordnungen nicht
„förmlich festgesetzt worden,“

Namen für Namen in dem 35. §. aus ganz Deutschland aufzuzählen? Um dieser undankbaren, und doch eben so leicht vergeblichen Mühe überhoben zu bleiben; konnten die Verfasser des ReichsDeputationsSchlusses ihre allge-
mein durchgreifende Absicht, in Ansehung der unzählbaren übrigen nicht namentlich angewiesenen Mediatstifter, (§. 12.) nicht deutlicher ausdrücken, als durch deren collective, jedoch unter so unausweichlichen, allumfassenden Kathegorien gestellte Bezeichnung, dafs es schlechterdings unmöglich blieb, ein einziges derselben zu übersehen, oder von der freien und vollen landesherrlichen Disposition auszuschliessen.

§. 37.

Dieselbige Beschaffenheit der Sache also, die bei der ReichsDeputation am 11. Novbr. 1802, gegen die älteren Ansprüche des RitterCantons Kocher auf das an Wirtemberg namentlich überlassene Kloster Oberstenfeld entschied und desfalls Nichts zu erinnern übrig lies, trifft auch auf alle in dem 35. §. des DeputationsHauptschlusses der freien und vollen Disposition des respectiven Landesherrn übergebene, wenn gleich namentlich nicht aufgeführte mittelbare protestantische DamenStifter mehr oder weniger wörtlich zu. Wird denn das, was die unmittelbare ReichsRitterschaft bei den Ge-

setzgebern selbst, noch in den Augenblicken der Abfassung des ersten Entwurfs (*re adhuc integra*) zu bewirken nicht vermogte, wird das, sage ich, bei übrigens gleicher Beschaffenheit der Sache, einer mittelbaren Ritter- und Landschaft, nach vorlängst promulgirtem allgemeinen ReichsGesetz, gelingen können? dabei mehr zu erinnern seyn?

Zwar hat man sich, zum Besten der landständischen Stifter und Klöster in den alten ReichsLanden, mehrmalen auf den 60. §. des ReichsDeputationsSchlusses, wornach „die dermalige politische Verfassung der zu säcularisirenden Lande, in so weit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andren reichsgesetzlichen Normen beruhet, ungestört erhalten werden soll,“

berufen, um daraus zu folgern: dafs die alten Reichs-Lande wenigstens nicht schlimmer daran (*deterioris conditionis*) seyn dürften, sondern deren politische Verfassung noch um so viel sicherer gegen jede Störung erhalten werden müsse: Ein Argument, was nicht allein von der Baierschen Landschaft in verschiedenen Vertheidigungsschriften für die dortigen Prälaten, (§. 24.) sondern auch selbst in den dissentirenden Abstimmungen der ReichsDeputation (§. 13.) über die Fassung des HauptSchlusses §. 35. gebraucht wurde, um eine Beschränkung der landesherrlichen Disposition über die Klöster und Stifter auf die EntschädigungsLande geltend zu machen, hingegen die in den Erblanden davon auszuschliessen.

Allein, abgesehen auch davon, dafs eben dieses Argument schon durch eine eminente Mehrheit der Reichs-

Deputation, in ihrer XLIV. Sitzung verworfen wurde, was heisst denn politische Verfassung? Doch wohl nicht so viel, als ein absoluter *status quo*? und noch weniger so viel, dass alle Individuen, alle einzelne Körperschaften, welche Antheil an der LandesRepräsentation nehmen, zu ewigen Zeiten unabänderlich dieselbigen bleiben sollen?

Dass wenigstens die Existenz der geistlichen Stiftungen selbst da, wo sie den ersten Landstand bildeten, für die politische Verfassung ganz gleichgültig ist, und durch deren Aufhebung diese nicht gestört wird; beweiset gerade eben die vorliegende Versicherung des 60. §. um so viel entscheidender, je mehr Mühe man sich giebt, die landesherrliche freie und volle Disposition über die MediatStifter und Klöster auf die zur Entschädigung angewiesenen vormaligen geistlichen Staaten zu beschränken. Kann dabei nämlich die ungestörte Erhaltung der politischen Verfassung in den EntschädigungsLanden bestehen, ohne mit obiger Versicherung in Widerspruch zu gerathen; warum nicht auch in den alten ReichsLanden?

Was ist, um wieder auf das vorige Beispiel zurückzukommen, was ist in der politischen Verfassung Mecklenburgs dadurch gestört, dass in der letzten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts (§. 31.) der erste Landstand, die ganze PrälatenBank von der Landesherrschaft aufgelöst, dass alle Güter der MediatStifter und Klöster, bis auf die wenigen, noch nicht säcularisirten, zur fürstlichen Kammer eingezogen wurden? v). Ich meine, sie datiret von eben diesem Augenblick erst ihre eigentliche Consistenz!

v) Rudloffs Mecklenburgische Geschichte, III. Th. S. 207, 298.

Und beruhte nicht zum z. B. die Erhaltung der Domkapitel zu Magdeburg, Minden und Halberstadt bei ihrer statutenmässigen WahlFreiheit auf die reichsgesetzliche Norm des westfälischen Friedens (Art. XI. §. 1, 4, 6)? Wie hätte denn eben diese WahlFreiheit igt (§. 25.) aufgehoben werden können, wenn sie auf die politische Verfassung iener alten königlichen ReichsLande wesentlichen Einfluß hätte, wenn auch diese auf dieselbige reichsgesetzliche Norm beruhte, und durch eine Abweichung davon gestöret wurde, oder wenn überhaupt auch auf die alten Erblande die Versicherung des §. 60. anwendlich wäre?

Konnte hingegen die politische Verfassung der Mecklenburgischen Lande durch die Auflösung der ganzen vormaligen PrälatenCurie nicht gestöret werden; so wird sie es, durch die reichsschlussmässige freie und volle Disposition des Landesherrn über die wenigen damals übrig gebliebenen Jungfrauen Klöster um so viel weniger werden, da diese nicht einmal selber Landstände sind, an der politischen Verfassung und an der LandesRepräsentation unmittelbar keinen Theil nehmen, sondern gesetzlich „von der Ritter- und Landschaft auf Landtügen und sonst vertreten werden.“ w)

§. 38.

Der Umstand, daß die Mecklenburgischen fundirten Jungfrauen Klöster in dem 36. §. nicht eben so namentlich enumeriret stehen, als die Wirtembergischen im §. 6. des neuen ReichsGesetzes, kann, vermöge der, beiden Classen von geistlichen Stiftungen gemeinschaftlichen, allgemein durch-

w) Mecklenburgische GrundGesetze S. 853, §. 137.

durchgreifenden gestezlichen Bestimmung des 36. §., für die nicht benannten, eine Ausnahme von jener allgemeinen Regel eben so wenig begründen, als die Anwendlichkeit des älteren LandesCompactates von 1572 auf eben diese Klöster gegen das neuere Reichsgesetz noch ferner zulassen.

In den Reichsgesetzen von den Jahren 1654, 1658 und 1670 war die Mecklenburgische Ritter- und Landschaft eben so wenig namentlich unter denjenigen Landsassen und Unterthanen aufgezählt, welche zu den Garnisons- Fortifications- und Legationskosten auch Kammerziellern ihren Landesherren Beiträge zu leisten angewiesen wurden. Dennoch war ihre collective Nachweisung vollkommen hinlänglich, um in der Urthel vom Jahre 1698 (§. 28.) jede weitere Anwendung der, in eben dem älteren LandesCompactat von 1572 ihr versicherten Steuerfreiheit auf diese Verbindlichkeiten neuerer Reichsgesetze zu vereiteln, ohne ihr von den allgemein durchgreifenden Bestimmungen neuerer Reichsgesetze irgend eine Ausnahme übrig zu lassen.

In beiden Fällen war Mecklenburg unter der Totalität der reichsgesetzlichen Regel stillschweigend begriffen; eine Ausnahme von dieser streitet wider die rechtliche Vermuthung und ward daher in dem einen Fall so wenig zugelassen, als sie in dem andern *eventualiter* rechtliches Gehör wird erwarten dürfen.

Es hätte in diesem Fall eben so wenig, wie in jenem, einer neuen Legislation bedurft, wenn man dort die Unterthanen zu nichts weiter, als was ohnehin schon gesetzlich ihnen oblag, hätte verpflichten, und hier die

Landesherrn zu nichts weiter, als was sie längst unbestritten ausgeübt hatten, hätte berechtigen wollen; wenn man die Obliegenheiten der ersteren, und die Befugnisse der letzteren nicht über die Grenzen der bisherigen Landesgesetze und Verträge hinaus, hätte erweitern, über das Hinderniß früherer Entsagungen, oder entgegenstehender Versicherungen nicht die Landesherrn hätte hinwegsetzen; mit einem Wort, wenn man nicht der Landeshoheit einen neuen, bis dahin nicht gesetzlichen, nicht verfassungsmässigen Zuwachs, zur Verstärkung der innern Kraft des Ganzen, (§. 11.) hätte verschaffen wollen.

§. 39.

Es würde nicht schwer seyn, die vorliegende Parallele zwischen beiden, durch neuere Reichsgesetze aufgehobenen Wirkungen eines und desselbigen älteren LandesCompactats noch weiter fortzuführen. Das Resultat davon muß für die Anwendung des neuern Reichsgesetzes auf die landesherrliche Disposition über die Klöster um so viel günstiger ausfallen, je ungleicher die Tendenz ist, womit beide Wirkungen ihren Titel aus der gemeinsamen Quelle des LandesCompactats ableiten.

An der Steuerfreiheit nämlich, wie an der dafür übernommenen landesherrlichen Schuld von 400,000 Gulden sollten, nach der deutlich ausgedrückten Absicht des AssurationsReverse vom Jahr 1572,

„die Unterthanen aller Stände,“
mit Einschluss der landesherrlichen Domainen, der fürstlichen Prinzen- und WittwenGüter, der einheimischen Geistlichen und fremden Prälaten,

„oder anderer, ausser- oder innerhalb Landes gesessener Güter, so ihre Nahrung in Unsern Landen haben und Unsers Schutzes und Beschirmung geniessen, wes Standes oder Condition die seyn, wie die Namen haben, Niemand ausgezogen, Unsre beiden Seestädte Rostock und Wismar sowohl, als Unsre Landstädte“

Theil nehmen x). Sie sollte, mit einem Wort, real seyn.

An den eben darin überwiesenen Jungfrauenklöstern hingegen nehmen bekanntlich, nach einem neueren, wenn gleich nur factischen, weder legalen noch unbestrittenen Herkommen wenigstens, y) nur gewisse Familien des einländischen Adels für ihre Personen, ohne Rücksicht auf Angeseßenseit, nicht die ganze Ritterschaft, so wie die Städte nur in sehr beschränkter Maasse, alle übrigen Classen von Einwohnern aber gar nicht Antheil.

Wenn also die neueren ReichsGesetze, welche den Einwand der reversalmässigen Steuerfreiheit, durch die Urthel vom Jahre 1698 entkräfteten, ein Recht der Unterthanen aller Stände aufhoben; so ist dagegen die Wirkung des AssecurationsReverses in Ansehung der Klöster für alle übrige Stände schon längst suspendiret. Deren Ansprüche sind der Anwendung des neueren ReichsGesetzes nicht weiter im Wege. Durch das neuere ReichsGesetz wird also insoferne nicht mehr das ältere LandesCompactat selbst, sondern nur eine misbräuchliche und neuerliche Abweichung von demselben, ausser Kraft gesetzt: und nur mit den gegründeten oder nicht gegründe-

x) Mecklenburgische GrundGesetze, S. 25, 26.

y) Hagemeysters Mecklenburgisches Staatsrecht, S. 47, 48. §. 28. und die daselbst angeführten Schriften.

ten Ansprüchen derer, die daran Theil nehmen, kommt die Anwendung desselben in Collision.

§. 40.

Eine gleiche Bewandnis, wie mit den vorhin (§. 29.) genannten 3 Mecklenburgischen Klöstern, hat es auch mit dem vierten JungfrauenKloster zum heiligen Kreuz in Rostock insoferne: dafs es zwar nicht durch den AssecurationsRevers von 1572, sondern wenige Jahre später, durch den Erbvertrag des Herzogs Ulrich zu Mecklenburg mit seiner Stadt Rostock vom 29. Febr. 1584. §. 31.

„zu christlicher Auferziehung und Unterhaltung einländischer Jungfrauen von Adel und BürgerKinder und zu nirgends anders“ z)

angewiesen wurde. Hingegen ist demselben von eben dem Herzoge und dem Rath zu Rostock im Jahre 1586. eine ähnliche KlosterOrdnung, wie den übrigen, vorgeschrieben und demnächst im Jahre 1617 erneuert worden. a)

Wie also in Ansehung der geistlichen Eigenschaft und der gesetzlichen Bestimmung, zwischen diesem und den übrigen drei fundirten, mittelbaren JungfrauenKlöstern Augsburgischer Confession in den alten Mecklenburgischen Landen durchaus kein Unterschied obwaltet; sondern nur allein der geringere Umfang der zeitlichen Güter und deren Dependenzien dieses Kloster von jenen unterscheidet; so stehet auch der Anwendung des neuen ReichsGesetzes auf dasselbe der ältere Erbvertrag mit der Stadt Rostock mit eben so wenig rechtlichem Effect im Wege, als das ältere LandesCompactat mit der Mecklenburgischen Land-

z) Mecklenburgische GrundGesetze, S. 116.

a) Manzels neue Mecklenburgische StaatsKanzlei, II. Theil, S. 1. ff.

schaft der Anwendung auf die übrigen. Alles was (§. 30-36) darunter von diesen gilt, trifft auch auf jenes zu:

„besagtes Kloster befindet sich durchaus in demselben
„Verhältnisse, wie andre protestantische Damenstifter,
„und es ist also, bei gleicher Beschaffenheit der Sa-
„che, auch desfalls nichts zu erinnern (§. 35.).“

Mit einem Wort: Alle Güter und Gerechtsame, Capitalien und Einkünfte des einen, wie der andern, sind durch das neueste ReichsGesetz der freien und vollen Disposition des Landesherrn übergeben.

§. 41.

Von der Grosmuth des itzt regierenden Herzogs zu MecklenburgSchwerin läßt es inzwischen mit Grunde sich erwarten: daß sie zwar den gegenwärtigen Augenblick, zur reichsgesetzmassigen Erweiterung der HoheitsRechte seines Hauses, eben so wenig unbenutzt lassen werde, als seine Vorfahren in der letzten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts (§. 28.); daß sie aber, bei der Vollstreckung des neuen ReichsGesetzes, wenn man darüber nicht, wie damals, das Urtheil des Richters nach der gesetzlichen Vorschrift des kaiserlichen PromulgatorRescripts, (§. 23.) sondern lediglich die Stimme des Landesvaters entscheiden lassen wird, auf die Strenge des buchstäblichen Sinnes nicht bestehen, sondern milderer Grundsätzen Gehör geben; daß sie weniger auf die gesetzliche Erleichterung der landesherrlichen Finanzen, als auf die Verdienste der Väter und auf das Bedürfnis der Töchter, Rücksicht nehmen, das heißt: nicht blos auf die, im 35. §, des DeputationsSchlusses vorbehaltenen Bedingungen der landesherrlichen freien und vollen Disposition über die Klöster sich

beschränken, sondern auch die reversal- und erbvertragsmässige Bestimmung der Klöster:

„zu christlicher ehrbarer Auferziehung und Unterhaltung der einländischen Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust haben mögten, (§. 29, 40)“

nicht ganz aus den Augen verlieren; dafs sie folglich zur ferneren Verhütung bisheriger Abweichungen davon, zwar die ausschliesliche gesetzmässige Administration der KlosterGüter mit deren Dependenzien übernehmen, dabei aber nicht blos die wohlerworbenen Rechte der itzigen Conventualinnen, wie die Hoffnungen der Expectantinnen, berücksichtigen, sondern auch für die Zukunft

„bei den Frauenstiftern die Versorgung der Dürftigen
„als Hauptzweck ansehen und nur dahin trachten
„werde, dem Landesherrn die ausgedehntesten Mittel
„zu verschaffen, für dürftige FrauensPersonen aus allen
„Ständen, besonders aus der Classe der Staatsdiener zu sorgen (§. 23.);“

mit einem Wort: dafs es nicht sowohl auf gänzliche Aufhebung, als auf reversal- und erbvertragsmässige Verwendung der Jungfrauen Klöster unter landesherrlicher Administration, abgesehen seyn werde; wenn es auch seiner Weisheit gefallen sollte, die Zahl der, in den vier Mecklenburgischen Klöstern itzt zur Hebung stehenden 223 Percipientinnen b) in richtigerem Verhältniss zu dem Umfang des Landes, auf den obigen Gesichtspunct zu reduciren, mithin einen Theil der für diesen viel zu ausgebreiteten KlosterGüter c) und deren Einkünfte anderweitigen

b) Mecklenburg Schwerinscher StaatsKalender 1804. II. Th. S. 118. ff.

c) Ebendasselbst, II. Th. S. 110—114.

Zwecken, etwa männlichen Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten, zu widmen.

§. 42.

Die gesetzmässige Erleichterung, welche etwa die baaren Ueberschüsse einer solchen Verwendung den landesherrlichen Finanzen gewähren dürften, wären den letzteren um so viel lieber zu gönnen; je unverdienteren Verlust diese sonst, wider die Absicht der Gesetzgeber und der Vermittler, (§. 7, 8) dadurch leiden würden: dafs die jährliche Rente von 10,000 Gulden, welche der 9. §. des ersten ReichsDeputationsSchlusses auf den sichern Ertrag der Mediattifter des Hochstifts Osnabrück angewiesen hatte, in dem 9. §. des zweiten ReichsDeputationsSchlusses auf die äusserst unsichere Hypothek der Rhein-SchiffahrtsOctroi übertragen war.

In dieser Rücksicht hatte auch MecklenburgSchwerin seinen Beitritt zu dem DeputationsHauptschlus im ReichsFürstenRath nur unter der Voraussetzung zu Protocoll ertheilet:

„dafs es die Anweisung an die SchiffahrtsOctroi nur,
 „als einen weniger vollständigen Abtrag seiner
 „EntschädigungsForderung betrachte, und die Ergän-
 „zung der ihm gebührenden Compensation,
 „mittels angemessener Gegenstände, welche durch
 „weitere Vorkommenheiten noch dazu geeignet wer-
 „den könnten, immittelst noch erwarten zu dürfen
 „glaube.“ d)

Desto gerechter sind wenigstens die Ansprüche des Herzoglichen Hauses auf die Ergänzungen und Zuschüsse,

d) ReichsFürstenRathsProtocoll vom M. März 1803.

welche demselben der 35. §. des ersten Deputations-Hauptschlusses, unter Nummer 1) im Fall der Unzureichlichkeit jener Rente, auf die Güter der mittelbaren Klöster (§. 8.) ausdrücklich angewiesen hatte; eine Anweisung die der zweite DeputationsHauptschluss mit der freien und vollen Disposition über die Klöster in ihren alten Besitzungen, namentlich zur Erleichterung ihrer Finanzen (§. 10.) eben so ausdrücklich vertauscht hatte. Beide EntschädigungsErgänzungen können eben so wenig für illusorisch angenommen werden, als die, in dem ersten Plan eröffnete Perspective auf die Acquisition des Lauenburgschen Amts Neuhaus. Für deren Verlust würde gewis ein anderes Aequivalent ausgemittelt worden seyn, wenn dazu nicht die zuletzt dafür angewiesenen KlosterGüter hätten benutzt werden sollen.

Eine so wohlthätige Verbindung der reichsgesetzlichen Disposition des Landesherrn über die Klöster mit deren landesgesetzmässiger Bestimmung, ganz im Geiste des gemässigten Systems der weisen Preussischen Regierung (§. 25.) und daher der Politik eines, mit dem Brandenburgischen erbverbrüdereten Staats vielleicht desto angemessener, würde für den Landesherrn eben so anständig, als für seine Unterthanen aller Stände vortheilhaft seyn; würde für den Staat ohne Zweifel die glücklichste und schonendste, mithin eben um deswillen gerade die richtigste Auslegung und Anwendung des neuen ReichsGesetzes werden!

N a c h s c h r i f t.

§. 43.

Es ist inzwischen den vorliegenden Paragraphen des Reichs-Deputationsschlusses gegangen, wie vielen andern Dingen in der Welt, die so klar sind, als das Einmal Eins, und doch von manchen Leuten gemisdeutet wurden, weil diese entweder ihre Rechnung nicht dabei fanden, oder von gewohnten Begriffen sich nicht losreissen möchten, um solche mit der neuen Ordnung der Dinge zu vertauschen.

Herr Gaspari e), zum Beispiel, kann sich nicht darin finden, sondern hält diese §§. für die unerklärbarsten, weil er dabei von zwei gleich unrichtigen Standpuncten ausgeht: Erstlich,

„dafs die Säcularisation nur Entschädigungen bewirken sollten;“

und zweitens,

„dafs diese sich nicht anders denken lassen, als von katholischen geistlichen Stiftungen.“

Die erste Voraussetzung leitete ihn zu der Vermuthung: dafs die Erlaubniß zur Einziehung der MediatStifter und Klöster

„nur für diejenigen Theilnehmer am EntschädigungsWerke, die für Verlust jenseits des Rheins diesseits Entschädigung erhalten haben, gelten solle, weil doch diese allein auf Entschädigung Anspruch machen können, und dann jene Anweisung gleichsam ein Supplement ihrer Entschädigung wäre, die übrigen deutschen Landesherren aber die Sache gar nichts angeht.“

e) *Der DeputationsRecess mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen von A. C. Gaspari. Hamburg, 1805. II. Th. S. 277 — 279.*

Wie unzulänglich jene Voraussetzung und mit ihr diese Vermuthung im Ganzen sei, ist zwar vorhin schon (§. 11.) gezeigt worden. Inzwischen kann man bei diesem Gesichtspunct, in Beziehung auf das Beispiel von Mecklenburg (§. 29.) füglich stehen bleiben; und er ist disseits (§. 42.) insofern selbst angenommen, als dessen Entschädigung für den erlittenen Verlust, nach der Absicht des Deputationsschlusses durch den 9. §. bei weitem nicht erschöpft wurde, sondern zu der Anweisung eines Supplements vollkommen berechtigte.

Zu der zweiten Voraussetzung glaubt sich dieser sonst verdienstvolle Schriftsteller durch folgende einseitige Ansicht veranlassen:

„Die Protestanten haben dergleichen nicht. Was bei ihnen Stift, Abtei oder Kloster heisst, hat blos den Namen einer geistlichen Anstalt, und höchstens zuweilen einen äusserlichen geistlichen Anstrich von den katholischen Zeiten, von der Reformation her, beibehalten. Dem Innern, dem Wesen nach, sind es bloße Versorgungs- oder UnterrichtsAnstalten. Der König von Preussen giebt die Pfründen seiner Dom- und andern Stifter verdienten Militair- und CivilPersonen, und sie bleiben dabei eben so weltlich wie vorher. — — — Die KlosterFräulein in Mecklenburg, denken nicht daran, Nonnen zu seyn. Es ist ihnen gar nicht um Singen und Beten, sondern einzig um die Hebung zu thun; und von einem Gelübde der Keuschheit wissen sie nichts. Wo ist denn nun das Geistliche, das Säcularisirbare? Alle diese Stiftungen wurden schon mit der Reformation säcularisiret und in Be-

lohnungs- Bildungs- und VersorgungsAnstalten umgeschaffen.“

Wer erkennt hier nicht dieselbige Sprache, deren der ReichsRitterCanton Kocher, bei seiner Reclamation des Damenstifts Oberstenfeld (§. 35.) sich bediente? Kann sie hier einen andern Erfolg haben als dort?

§. 44.

Wer berechtigte aber überhaupt Herrn Gaspari, den gesetzlichen Ausdruck der freien und vollen landesfürstlichen Disposition mit dem Begriff von Säcularisation zu verwechseln und diesen für jenen willkührlich zu substituiren? da des letzteren in beiden §§. nicht mit einem Worte gedacht ist, und der erstere unstreitig weit mehr in sich begreift? Was freie und volle Disposition sagen will, weifs ein jeder; was Säcularisation bezeichnet, ist zwar auch aus jedem Compendium des geistlichen Rechts f) bekannt genug; nur einem NichtJuristen ist es zu verzeihen, wenn er die wesentliche Verschiedenheit einer Säcularisation von der Reformation einer geistlichen Stiftung (§. 29.) ignoriret.

Man könnte ihm also unbedenklich es einräumen, daß die protestantischen MediatStifter und Klöster nicht mehr säcularisirt werden könnten, sondern es schon wären. Denn dadurch würde die reichsschlussmässige freie und volle Disposition des Landesherrn keinen Augenblick aufgehoben werden; wenn es nicht der geschichtlichen Wahrheit (§. 30, 31.) widerspräche.

f) *Suppressio et extinctio beneficiorum extraordinaria — secularisatio dicitur, qua beneficia et fundationes auctoritate potestatis secularis extinguuntur, bonis tisdem adnexis, aliis publicis vsibus destinatis. Boehmer principia juris canonici, §. 620.*

In den Preussischen Staaten würde wenigstens nicht
 izzt erst die reichsschlusmässige uneingeschränkte Disposi-
 tion über die Stifter in den alten königlichen ReichsLan-
 den und die Berechtigung zu ihrer gänzlichen Aufhebung
 (§. 25.) dazu benutzt seyn, um dem Landesherrn die aus-
 schliessende Befugnis, zur uneingeschränkten Besetzung
 aller künftig vacant werdenden Stellen in denselben zu-
 zueignen, wenn der König schon damals, als Herr G.
 (1803) schrieb, dieses Recht gehabt hätte.

Die Mecklenburgischen KlosterFräulein insbesondere
 werden dem Herrn G. für das Compliment, was er ihnen,
 wegen ihrer Ungeistlichkeit macht, schlechten Dank wissen.
 Will Herr G. mit der Geschichte der ersten Ueberweisung
 dieser Klöster an die Landschaft (§. 31.) sich nicht begnügen;
 so mag ihn die revidirte KlosterOrdnung der Herzoge
 Adolf Friedrich und Hans Albrecht vom 10. Decbr. 1610. au-
 thentisch darüber belehren:

„dafs die Conventualinnen dieser Klöster des Gottes-
 dienstes allein sich befleissigen sollen; dafs sie auch
 nach der Reformation in ihrem *esse* gelassen, auch der
 Ritter- und Landschaft die Klöster nur, in solchem
 Gebrauch dieselben zu behalten, abgetreten
 worden; dafs die KlosterPersonen alle Tage zum Beten
 und Singen zweimal zu Chor gehen und den Unter-
 terschied zwischen geistlichen und weltlichen
 Jungfrauen, sowohl innerhalb als ausserhalb des
 Klosters, durch eine vorgeschriebene Kleidertracht be-
 zeichnen müssen; dafs die dieser Ordnung ungehorsa-
 men Conventualinnen ohne alle Gnade aus dem
 Kloster verstossen und weggejagt werden, den-

jenigen aber, welchen dieses nicht gefällt, freistehen soll, das Kloster zu verlassen.“ g)

Man müßte die ganze KlosterOrdnung abschreiben, wenn man es noch anschaulicher machen wollte, wie übel Herr G. von der Mecklenburgischen KlosterVerfassung unterrichtet ist: und gleichwohl ist eben diese KlosterOrdnung das einzige GrundGesetz, worauf noch bis diesen Augenblick alle Superioren dieser geistlichen Stiftungen von der Landesherrschaft verpflichtet werden. h)

Mit dieser Vorschrift stimmt die Rostocksche revidirte KlosterOrdnung für das dortige KreuzKloster vom 3. April 1630. im Wesentlichen überein. i)

Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen: ob die in diesen KlosterOrdnungen verzeichneten Gegenstände, für die Religion und für den Staat wohlthätigere und ersprieslichere Bestimmungen der dazu bisher gewidmeten öffentlichen Fonds sind, als die in dem Deputationsschluss §. 35. dem Landesherrn überlassenen anderweitigen Verwendungen derselben? Herr G. mag inzwischen sehen, wie er vor dem ehrwürdigen Orden jener frommen Damen die Indiscretion verantworten kann, womit er sie einer Gleichgültigkeit gegen ihre KlosterPflichten bezüchtigen will! Und wäre dieser Vorwurf gegründet; so folgte daraus nur noch eine Nothwendigkeit mehr, eine so ausgeartete, so sehr von ihrer ursprünglichen Bestimmung (§. 29.) abgewichene Stiftung je eher je lieber zu unterdrücken, um ihre Fonds zu den gemeinnützlicheren und edleren Zwecken, die der Reichsschluss nachweist (§. 26.) zu verwenden,

§. 45.

Das Schlimmste für Herrn G. ist, daß er durch diese falsche Prämisse, für seine Hypothese selbst am Ende nichts gewinnt. Er muß selber an deren Haltbarkeit verzweifeln, indem er gesteht: daß

g) Achtzehnte Beilage.

h) Neunzehnte Beilage.

i) Manzels N. Mecklenb. StaatsKanzlei, II. Th. S. 1. ff.

„man durch die Allgemeinheit des Ausdrucks im
„§. 35. wieder irre wird,“

und es nur beklagt: dafs

„auf jeden Fall dieser §. tausend Familien, besonders
des ärmeren Adels, allen Freunden der National-
Bildung, besonders in Hinsicht auf die folgenden
Jahrhunderte, und selbst mancher LandesVerfas-
sung, wehe thun mufs.“

Sollten nicht die etwanigen ärmeren Familien
von Adel, in Mecklenburg wenigstens, bei der (im §. 41.)
nachgewiesenen Aussicht auf die landesherrliche Schonung
sich vollkommen beruhigen können? Für die Erziehung
und Bildung der kommenden Generationen hat, insoferne
nicht dem Worte NationalBildung eine subjective
verschiedene Tendenz untergelegt seyn soll, selbst das
Gesetz, durch die Anweisung eines Theils der Kloster-
Güter zu UnterrichtsAnstalten, auf die verbindlich-
ste Weise, und sicherlich weit wirksamer gesorgt, als
durch die bisherige KlosterDisciplin (§. 39.) jener Zweck
erreicht werden konnte.

Was aber die LandesVerfassungen anlangt, so
könnten diese freilich izt kein besseres Schicksal sich verspre-
chen, als bei vormaligen ähnlichen ReichsGesetzgebungen;
(§. 27, 28.) nicht mehr Anspruch auf das Privilegium der Un-
veränderlichkeit machen, als selbst die ganze deutsche Reichs-
Verfassung, nach dem einverstandenen Bekenntnis des Kai-
sers und Reichs, (§. 15, 16.) wie nach dem authentischen
Zeugnis der vermittelnden Mächte, (§. 17.) durch den De-
putationsHauptschlus erfahren mußte, wenn überhaupt die
befürchtete Gefahr gegründeter wäre, als sie (§. 37.) wirk-
lich ist. Desto weniger können unsre TerritorialVerfassun-
gen eine Ausnahme begehren von den

*„dispositions précédentes abrogées, dont le souvenir
subsiste encore — qui ne sauroient plus être invoquées
à l'avenir.“ k)*

k) Zwölfte Beilage.

B e i l a g e n.

Verzeichniss der Beilagen.

- Num. I. Auszug des ersten Russisch-französischen Indemnitäts-Plans, vom Datum Regensburg den 18. August 1802.
- II. Auszug des zweiten Russisch-französischen EntschädigungsPlans, v. D. Regensburg den 8. Oct. 1802.
- III. Vorstellung des Schwäbischen ReichsRitterCantons Kocher, das Damenstift Obristenfeld betreffend, v. D. Regensburg den 8. Nov. 1802.
- IV. Auszug des ersten ReichsDeputationsHauptschlusses, v. D. Regensburg den 23. Nov. 1802.
- V. Auszug einer Russisch-französischen MinisterialNote an die ReichsDeputation, v. D. Regensburg d. 3. Dec. 1802.
- VI. Auszug des dritten Russisch-französischen EntschädigungsPlans, v. D. Regensburg den 11. Febr. 1802.
- VII. Auszug der Russisch-französischen MinisterialNote an die ReichsDeputation, v. D. Regensburg den 11. Febr. 1803.
- VIII. Auszug der Russisch-französischen MinisterialNote an eben dieselbe, v. D. Regensburg den 24. Febr. 1803.
- IX. Auszug des zuletzt, zwischen den vermittelnden Ministern und der ReichsDeputation einverstandenen französischen OriginalTextes des ReichsDeputationsHauptschlusses vom 25. Febr. 1803.
- X. ReichsGutachten, wegen der Bestätigung des ReichsDeputationsHauptschlusses, v. D. Regensburg den 24. März 1805.

- Num. XI. Kaiserliches RatificationsDecret, wegen Bestättigung
eben desselben, v. D. Regensburg den 27. April 1803.
- XII. Auszug der letzten Russisch-französischen Ministerial-
Note an die ReichsDeputation, v. D. Regensburg den 9.
Mai 1803.
- XIII. Kaiserliches PromulgatorRescript an die ReichsGe-
richte, wegen des ReichsDeputationsHauptschlusses, v. D.
Wien den 25. Jul. 1803.
- XIV. KuhrPfalzBaiersche FinalResolution, wegen Auf-
lösung der Prälatenbank, v. D. München den 14. May
1803.
- XV. Der Bäierschen Landschaft submittirende Erklärung
darauf, v. D. München den 6. Juni 1803.
- XVI. { Königlich Preussische CabinetsRescripte, wegen An-
— XVII. { wendung der reichsschlussmässigen Disposition
 { über die Stifter, v. D. Berlin den 21. Febr. 1804.
- XVIII. Auszug der HerzoglichMecklenburgischen revidir-
ten KlosterOrdnung, v. D. Gustrow den 10. Decbr. 1610.
- XIX. Herzoglich MecklenburgSchwerinsche KlosterProvisor.
Bestallung, v. D. Schwerin den 23. Nov. 1802.
-

Erste Beilage.

Auszug des ersten Russisch-französischen IndemnitätsPlans, vom Datum Regensburg den 18. August 1802.

Ces propositions par rapport au règlement des indemnités en Allemagne conduisent encore à énoncer ici plusieurs considérations générales, qui sont de nature, à devoir fixer l'attention de la Diète et sur lesquelles il ne pourra manquer d'être pris des décisions convenables. Il paroît nécessaire d'établir — — — — —

Deuxièmement, que les biens des Chapitres, Abbayes, Couvens tant d'hommes que de femmes, tant médiats qu'immédiats, dont il n'a pas formellement fait emploi dans la présente proposition, seront appliqués:

- A) au complément de l'indemnité des Etats et membres héréditaires de l'Empire, s'il est reconnu, qu'il n'y a pas été suffisamment pourvû par les assignations ci-dessus, et sauf la souveraineté, qui demeurera toujours aux Princes territoriaux;
- B) à la dotation des nouvelles églises cathedrales, qui seront ou conservées ou établies, tant pour l'entretien des Evêques, que de leurs Chapitres et autres fraix de culte;
- C) aux pensions viagères et alimentaires du clergé supprimé.

Troisièmement, que les biens et les revenus appartenants aux hôpitaux, fabriques, universités, Collé-

ges et autres fondations pieuses, comm eaussi celles des communes de l'une des deux rives du Rhin situées sur l'autre rive, devront en demeurer distraits et mis à la disposition des Gouvernemens respectifs, — — —

(*Protocoll der ausserordentlichen ReichsDeputation, Beilage N. VII. u. VIII. S. 29.*)

Zweite Beilage.

Auszug des zweiten Russisch-französischen EntschädigungsPlans, vom Datum Regensburg den 8. October 1802.

Plan général, proposé par les puissances médiatrices avec les modifications résultantes des instructions ultérieures, qu'elles ont données à leurs Ministres, en consequence des observations, petitions, réclamations, qu'elles ont reçues, ou qui ont été transmises à ces Ministres par le Plénipotentiaire Impérial, d'après les arrêtés de la Deputation extraordinaire de l'Empire Germanique.

Les repartitions et arrangemens sont ultérieurement et définitivement modifiées de la manière, qui suit:

— — — — —

§. 6.

Au Duc de Würtemberg — — — la Prévôté d'Elwangen, les Chapîtres, Abbayes et Couvents de Zwiefalten — Obristenfeld, Holzhausen, Margrethenhausen et tous ceux situés tant dans ses nouvelles, que dans ses anciennes possessions — — — — —

— — — — —

§. 9.

Au Duc de MecklenbourgSchwerin, pour ses droits et répétitions sur deux Canonicats héréditaires de l'église de Strasbourg, qui lui avoit été donnés en remplacement du port de Wismar, ainsi que pour ses prétentions sur la presqu'île de Priwal dans la Trave: les droits et propriétés de l'hôpital de Lubeck dans les villages de Warnekenhagen, Altenbukow et Krumbrook et dans ceux de l'isle de Poel; plus une rente perpétuelle de dix mille florins sur les Chapîtres et Couvents médiats d'Osnabruck, pour servir à l'acquisition du baillage de Neuhaus entre l'Elbe et la Regnitz, dépendant du Duché de Lauenbourg.

§. 25.

Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Archichancelier, fixée à un million de florins, par des assignations sur des Chapîtres, Abbayes et Couvens médiats. Il sera pourvu également à l'entretien du Grand Chapître de Mayence.

§. 34.

Les principes suivans sont inséparables des dispositions précédentes:

2) Tous les biens des Chapîtres, Abbayes et Couvens fondés, tant protestans que catholiques, tant médiats qu'immediats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédans,

sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, sous la réserve formelle :

- a) du complément et supplément d'indemnité des Etats et membres héréditaires de l'Empire, qui par les arrangements précédans doivent être indemnisés en rentes perpétuelles, affectées sur cette masse;
- b) de la dotation fixe des Cathédrales qui seront conservées, conformément au règlement, qui sera dressé incessamment;
- c) des pensions du clergé supprimé, qui seront pareillement réglées et assurées dans le moindre délai possible.

La quote-part destinée aux complémens et supplémens d'indemnité ne pourra dans aucun cas excéder les trois dixièmes des revenus des dits Chapîtres, Abbayes et Couvens, nommément et formellement assignés en indemnité, de même que ceux, mis à la disposition des Princes territoriaux, passeront à leurs nouveaux possesseurs avec tous leurs biens, droits et revenus, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses.

3) Les biens et revenus, appartenans aux hôpitaux, fabriques, universités, Collèges et autres fondations pieuses, comme aussi ceux des Communes de l'une des deux rives du Rhin, situés sur l'autre rive, devront en demeurer distraits et mis à la disposition des Gouvernemens respectifs — — — — —

(*ReichsDeputationsProtocoll, Beilage N. CVII, CVIII.*)

Dritte Beilage.

Vorstellung des RitterKantons Kocher, das Damenstift Obristenfelden betreffend etc. dd. Regensburg den 8. Nov. 1802.

Dictatum Ratisbonae die 10. Novembris 1802.

ProMemoria.

Unterzeichneter, der schon in seiner Vorstellung d. d. et dict. 29. Sept. der Vorsorge einer hohen ausserordentlichen ReichsDeputation die, zur Entschädigung bestimmten weltlichen Damenstifter, als Zufluchtsorte unversorgter reichsadelicher Töchter, im Allgemeinen zu empfehlen, sich veranlasst gesehen hat, findet sich in Ansehung des, zu den wohlthätigsten protestantischen Instituten gehörenden Damenstifts Obristenfelden, gegenwärtig, auf ausdrückliche Veranlassung des Schwäbischen RitterKantons Kocher, zu einem besondern Gesuche aufgefordert, da dasselbe in dem neuen *Plan definitif* der hohen vermittelnden Mächte, wahrscheinlich nur aus Unkunde der wahren Verhältnisse eines so wenig bekannten und unbeträchtlichen Objects, zur Vermehrung der Entschädigung Sr. Herzoglichen Durchlaucht von Würtemberg ausersehen worden ist.

Sind gleich höchstdieselben Schutz- und Schirmherr dieses, schon bei der Reformation säcularisirten, und nur als eine blosse VersorgungsAnstalt für 4 bis 5 adeliche Fräuleins, nach der Absicht seiner wohlthätigen Stifter, unter dem alten Namen gebliebenen Stifts; so ist es doch im unbestrittenen Besitze der Reichsunmittelbarkeit, dem Schwäbischen RitterKanton Kocher einverleibt, unter dessen Mitglieder solches

gerechnet wird, und wohin es in ordinario et extraordinario Steuern zahlet, so wie auch das Kocherische RitterOrtsDirectorium Evangelischen Theils beständiger, von des Herrn Herzogs von Württemberg Durchlaucht ausdrücklich anerkannter wirklicher Vorsteher desselben ist, und alle darauf Beziehung habende Befugnisse ausübt.

Die Einkünfte dieses Instituts sind so gering, daß davon nur 4 bis 5 evangelische adeliche Fräuleins, nebst der erforderlichen Dienerschaft, unterhalten werden können, welche unter dem Namen Aebtissin und Konventualinnen zusammen leben, dasselbe wieder verlassen können, bei deren Aufnahme aber, nach den vorhandenen, selbst von den Durchlachtigsten Regenten Würtbergs, nach den Anlagen Num. 1. et 2. anerkannten Grundgesetzen, die erste und vorzüglichste Rücksicht auf Töchter Kanton Kocherischer Mitglieder zu nehmen ist.

So deutlich hieraus erhellt, wie höchst unbedeutend die Acquisition dieses Stifts für Se. Herzogliche Durchlaucht von Württemberg sei; so wichtig muß jedoch die Erhaltung desselben in seinen bisherigen Verhältnissen dem Schwäbischen Ritterkanton Kocher, und überhaupt dem ganzen unmittelbaren Reichsadel seyn, der bei den gegenwärtigen politischen Veränderungen ohnehin in so vieler Hinsicht unendlich leidet.

Ueberzeugt, daß Ihre Herzogliche Durchlaucht, bei gnädigster Erwägung der vorliegenden wahren Beschaffenheit, nach HöchstIhrer Gerechtigkeitsliebe und Großmuth, nicht gemeint seyn werden, gedachtes Evangelisches FräuleinStift der bisherigen wohlhergebrachten immediaten Verbindung mit dem Ritterkanton Kocher, und

den unversorgten Reichsadelichen Töchtern ein, durch die Wohlthätigkeit der Vorzeit ihnen zugedachtes, sie seit Jahrhunderten gegen Dürftigkeit schützendes Obdach zu entziehen, wagt Unterzeichneter zu diesem Ende, eine hohe ReichsDeputation um hochgeneigteste Verwendung zu bitten, und sich zugleich mit seinen Committenten zu hoher Protection ehrerbietigst zu empfehlen.

Carl von Gemmingen.

A n l a g e n.

Num. 1.

Von Gottes Gnaden Eberhard Ludwig, Herzog zu
Württemberg und Teck, Graf von Mömpelgard, Herr
zu Heidenheim etc.

Unsern günstigen und gnädigen Gruß zuvor, Edle,
Veste, Liebe, Getreue und Besondere! Euch wird sonder
Zweifel schon bewußt seyn, walsmassen die Fräulein von
Göllnitz, eine Conventualin des Freyadelichen Stifts Obri-
stenfeld, dieser Tagen in Darmstadt mit Todt abgangen,
und mithin ein Platz unter den ChorFräulein besagten
Stifts ledig worden. Wenn wir nun von Unserm Land-
hofmeister, GeheimenRaths- und KriegsraithsPräsidenten,
Grafen von Würben und Freudenthal, angelegentlichst
ersucht worden, dafs wir einer von dessen Fräulein Ge-
schweyhin von Grävenitz, zu Recipirung in solch vacante
Stelle, mittelst Unsers Vorworts behüßlich zu seyn, gnä-
digst geruhen wollten; So ist Uns zwar in unentfallenem
Andenken, welchergestalten die von Uns, mit Ewerer
rühmlichen Beihülf, vor weniger Zeit erst revidirte *statuta*
und Ordnungen dieses Freistifts zuvorderist der Noblesse

Eweres löblichen Kanton Kocher, und dann der übrigen Ritterschaft in Schwaben das Vorzugsrecht zu solchem Stift ordinarie zueignen. Indeme wir aber erwähnt Unserm Landhofmeister, in obiger seiner ersten und angelegentesten Bitte, um so weniger entstehen können, als wir der gänzlichen Hofnung leben, daß man Uns als Schutz- und Schirmherrn mehrberührten Stifts, und in regard Unserer vor dessen conservation bisher getragenen Vorsorg, darunter *extraordinarie* und ohne Consequenz auf das künftige, zu deferiren keinen Anstand finden werde;

Als haben wir euch, als Vorstehere dieses Freyadel Stifts, besagtes *petitum* Unsers Landhofmeisters hiemit nicht verhalten, zumalen dahin bestens recommandiren wollen, daß Ihr zu dessen sonderbahren Obligation und Uns zu danknehmigen Gefallen, einer von erwähnten beeden Fräwlein von Grävenitz, als von allen adelichen Tugenden, Qualitäten sonders belobt, zu Aufnahme in obige vacante Stelle unter den ChorFräwlein des Stifts Obristenfeld beförderlich seyn, und die Sach, bey hier-nächst vornehmenden Eligirung einer anderwärts Conventualin an der lezt verstorbenen Platz, also Eweres ohrts dirigiren wollet, damit auf einer derselben reflexion gemacht werden möge; Gegen der Versicherung, daß, wie solch anhoffende deference, inskünftig zu einigen präjudiz des löbl. Stifts oder dessen Statuten nicht gezogen werden, sondern Selbe vielmehr in Ihrem vigor beständig observirt bleiben solle; Also wir Euch hinwiederum in allen Vorfällenheiten Unsere besondere Danknehmung dafür zu erweisen beflissen seyn werden, und

ohnhin Euch mit günstig und gnädigem Willen stets wohl beygethan verbleiben. Stuttgart den 3. Martii 1711.

Eberhard Ludwig.

I n s c r i p t i o.

Denen Wohlgebohrnen, Edlen, Vesten; Unsern lieben Getreuen und besondern der Freyen Ritterschaft in Schwaben, Orts am Kocher, erbetenen Directoren, Räthen und Ausschüssen,

E f s l i n g e n.

Nro. 2.

Von Gottes Gnaden Eberhard Ludwig Herzog zu Würtemberg etc.

Unsern etc. Gleichwie Uns Euere, wegen Aufnahme Unsers GeheimenRaths und KriegsPräsidenten Grafen von Würben und Freudenthal Fräulein Geschweyhin von Grävenitz zu einer Conventualin in das Stift Obristenfeld an der verstorbenen Fräulein von Göllnitz Stelle, auf Unsere beschene Requisition, eingeloffene willfährige Erklärung zu sonderbahren danknehmigen Gefallen gereicht; Also geben wir Euch hiemit die gnädigste Versicherung, daß wir solche nicht nur bey allen Occasionen gegen Euch mit Gnaden zu erkennen, sondern vornehmlich auch die Aufrechterhaltung des Stifts und die vor dessen Conservation bisher getragene Vorsorge fürterhin, wie Uns, als dessen Schutz- und Schirmherrn, ohnedem gebühret, zu continuiren, nicht ermangeln werden, der zuversichtlichen Hofnung anbey annoch gelebend, Ihr werdet die Frau Aebtissin und Convent dahin zu disponiren trachten, daß Sie Unser Fürstl. Vorwort bey Ihnen ebenermasseu Statt finden und bey vornehmender Wahl obhemeldete Fräulein

von Grävenitz zu einer Chorfräulein zu erwählen, und in das Stift aufzunehmen, um so weniger anstehen mögen, als wir die Euch schon in Unserm ersten sub dato den 3. dieses abgeloffenen Schreiben gegebene Versicherung hiemit nochmalen wiederholen und contestiren, dafs diese extraordinari Reception weder den neu errichteten *statutis* noch der alten Observanz, präjudicirlich seyn, oder zu einer Consequenz jetzo und inskünftige gegen Euch, als des Stifts Vorsteher, oder das Stift selbst, angezogen werden solle. Wir versehen Uns also des unfehlbahren baldesten wirklichen Erfolgs und verbleiben Euch mit günstig und gnädigen Willen jederzeit wohl beygethan. Stuttgart den 26. Martii 1711.

Eberhard Ludwig.

Denen Wohlgebohrnen, Edlen, Vesten, Unsern Lieben Getreuen und besondern der Freyen ReichsRitterschaft in Schwaben, Orts am Kocher, erbetenen Directoren, Räthen und Ansässen.

E f s l i n g e n.

(ReichsDeputationsProtocoll, Beilage Num. CCXII.)

Vierte Beilage.

Auszug des ersten ReichsDeputationsHauptschlusses, vom Datum Regensburg den 23. November 1802.

Die Austheilung und endliche Bestimmung der Entschädigungen geschiehet, wie folget:

§. 6.

Dem Herzoge von Württemberg — — — die Probstei Ellwangen, die Stifter, Abteien und Klöster Zwiefalten — — Oberstenfeld, Margarethhausen, nebst allen denjenigen, so in seinen neuen sowohl, als alten Besitzungen gelegen sind; doch ohne Abbruch der verfassungsmässigen Bestimmung der letzteren — — — — —

§. 9.

Dem Herzoge von MecklenburgSchwerin, für seine Rechte und Ansprüche auf zwey erbliche Canonicate der Kirche zu Strasburg, die ihm als Ersatz für den Hafen von Wismar gegeben waren, so wie für seine Ansprüche auf die Halbinsel Priwal in der Trave, deren ausschliessliches Eigenthum der Stadt Lübeck bleibt: die Rechte und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den Dörfern Warnekenhagen, AltenBukow und Krumbrook, und in den der Insel Poel; ferner eine immerwährende Rente von 10,000 Gulden auf die mittelbaren Kapitel und Klöster von Osnabrück; vorbehältlich eines weiteren Einverständnisses zwischen den vermittelnden Mächten und dem Könige von England, Kuhrfürsten von Braunschweig-Lüneburg.

§. 25.

Für die Ergänzung der dem Kuhrfürsten Erzkanzler bestimmten Entschädigung von einer Million Gulden wird unverzüglich, durch Anweisungen auf mittelbare Stifter, Abteien und Klöster gesorgt werden.

§. 35.

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster katholischer sowohl, als A. C. Verwandter, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen **Disposition** der **respectiven Landesherren** überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte:

- 1) der **EntschädigungsErgänzung** und des **Zuschusses** für die Stände und erblichen Glieder des Reichs, welche nach oben vorkommenden Bestimmungen, durch beständige, auf dieser Masse haftende Renten zu entschädigen sind;
- 2) der festen und bleibenden Ausstattung der DomKirchen, welche werden beibehalten werden;
- 3) der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden nähern Bestimmungen.

Die zu den **EntschädigungsErgänzungen** und **Zuschüssen** ausgesetzte Quote darf in keinem Falle drei Zehnttheile der Einkünfte der besagten Stifter, Abteien und Klöster überschreiten. Die zur A. C. gehörigen und gemischten sind hievon gänzlich befreiet.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur **Entschädigung** angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die, der **Disposition** der **Landesherren** überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, **Rechten und Einkünften**, wo sie auch immer gele-

gen sind, über, so ferne oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

(*ReichsDeputationsProtocoll, II. B. XXX. Sitzung. S. 580, 581, 583, 593, 599, 600.*)

F ü n f t e B e i l a g e .

Auszug einer Russisch-französischen Ministerial-
Note an die ReichsDeputation, vom Datum Re-
gensburg den 3. Dec. 1802.

— — — — —

Il est agréable au soussigné de pouvoir ajouter, que l'acte, qui vient de lui être transmis, répond parfaitement à l'attente de son Gouvernement. Mais il observe, que les paragraphes 1. à 47. inclusivement, étant l'expression d'un texte rédigé, examiné et accepté en langue française, la scrupuleuse fidélité, avec laquelle ils paraissent rendûs dans la langue allemande, ne dispense pas de conserver la version originale. Il a en conséquence l'honneur de remettre une expedition en langue française de ces 47. paragraphes, tels qu'ils ont été proposés, ou subsequemment consentis par les Puissances médiatrices et finalement agréés par la Deputation, pour entrer dans son acte définitif du 23. Novembre. Il demande que cette pièce soit annexée à l'acte définitif, pour que les parties intéressées puissent y avoir recours en cas de besoin. Cette précaution obvie évidemment aux interprétations erronées ou aux doutes, qui pourroient s'élever dans l'avenir. Peut-être même seroit-il utile, que la Dépu-

tation voulût bien faire une dernière confrontation des deux versions, et si Elle appercevoit quelque nuance équivoque dans la dernière, la rectifier au protocole, pour détruire jusqu'à la possibilité des discussions de ce genre dans des tems plus reculés.

Laforest.

Baron de Bühler.

(*ReichsDeputationsProtocoll, Beilage N. CCLIX, CCLX.*)

Sechste Beilage.

(Extrait de l')

Expédition du texte original en langue française finalement convenu entre les Ministres des Puissances médiatrices et la Députation extraordinaire de l'Empire, pour entrer en langue allemande dans l'acte définitif de la Députation.

La répartition et le règlement définitif des indemnités a lieu ainsi qu'il suit:

— — — — —

§. 6.

Au Duc de Wûrtemberg — — — — — la
Prévôté d'Elwangen les Chapîtres, Abayes et Couvens
de Zwiefalten — Obristenfeld, Margarethhausen et
tous ceux situés tant dans ses nouvelles, que dans ses
anciennes possessions, sauf quant à celles-ci leur
destination constitutionnelle — — — — —

— — — — —

§. 9.

Au Duc de MecklenbourgSchwerin, pour ses droits
et répétitions sur deux Canoncats héréditaires de l'église
de

de Strasbourg, qui lui avoient été donnés en remplacement du port de Wismar, ainsi que pour ses prétentions sur la presqu'isle de Priwall dans la Trave, dont la propriété reste exclusivement à la ville de Lübeck: les droits et propriétés de l'hôpital de Lübeck dans les villages de Warnekenhagen, Altenbukow et Krumbrook et dans ceux de l'isle de Poel; plus une rente perpétuelle de dix mille florins sur les Chapîtres et Couvens médiats d'Osnabrück, sauf arrangemens ultérieurs entre les Puissances médiatrices et le Roi d'Angleterre, Electeur de BronsuicLünebourg.

§. 25.

Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Electeur Archichancelier, fixée à un million florins, par des assignations sur des Chapîtres, Abbayes et Couvens médiats.

§. 35.

Tous les biens des Chapîtres, Abbayes et Couvents fondés, tant protestans que catholiques, tant médiats qu' immédiats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédans, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, sous la réserve formelle:

- 1) du complément et supplément d'indemnité des Etats et membres héréditaires de l'Empire, qui par les arrangemens précédans doivent être indemnisés en rentes perpétuelles, affectées sur cette masse;
- 2) de la dotation fixe des Cathédrales qui seront conservées;

3) des pensions du clergé supprimé, conformément aux réglemens, dont une partie se trouve ci-dessous, et les autres seront déterminés incessamment.

La quote-part destinée aux complémens et supplémens d'indemnité ne peut dans aucun cas excéder les trois dixièmes des revenus des dits Chapîtres, Abbayes et Couvents.

Ceux protestans ou mixtes en sont entièrement exempts.

§. 36.

Les Chapîtres, Abbayes et Couvens nommement et formellement assignés en indemnité, de même que ceux mis à la disposition des Princes territoriaux, passent à leurs nouveaux possesseurs avec tous leurs biens, droits et revenûs, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses. — — —

(*Ebendasselbst*, S. 185, 190, 193, 202, 208, 209.)

Siebente Beilage.

Auszug einer Russisch-französischen Ministerial-Note an die ReichsDeputation zu Regensburg, vom 11. Febr. 1803.

— — — — —
Le soussigné — — a l'honneur de présenter aujourd'hui à la Deputation la série des modifications à introduire dans l'acte du 23. Novembr. n. St. comme résultat des différentes negociations consommées, de quelques voeux particu-

liers exprimés par la Deputation ou par les parties intéressées, et des instructions de son Gouvernement.

Voici ces modifications:

§. 6.

Effacer les mots: „tant dans ses nouvelles, que dans ses anciennes possessions, sauf quant à celles-ci leur destination constitutionnelle.“ Mettre à leur place:

„dans ses nouvelles possessions.“

§. 9.

Effacer à la fin du paragraphe les mots; „sur les chapitres et couvens mediats d'Osnabruck, sauf arrangements entre les puissances médiatrices et le Roi d'Angleterre, Electeur de BrunswikLunebourg.“ Y substituant les mots:

„sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.“

§. 25.

Effacer à la fin du 4. *à linea* les mots: „sur des chapitres, abbayes et couvens mediats.“ Mettre; „sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39. etc.“

§. 35.

Mettre au premier *à linea* après les mots: „Abbayes et couvens“ ceux:

„tant des anciennes, que des nouvelles possessions.“

Après les mots: „Princes territoriaux respectifs,“ mettre ceux:

„tant pour dépenses du culte, frais d'instructions et autres établissemens d'utilité publique, que pour le soulagement de leurs finances.“

Supprimer en entier le second *à linea*, commençant ainsi: „1) du complément etc.“

Supprimer en tête du troisième et du quatrième *à linea* les chiffres 2 et 3.“

Supprimer en entier le cinquième *à linea* commençant par les mots:

„la quote part,“ et le sixième *à linea* commençant par les mots: „ceux protestans.“

§. 36.

Après le mot: „droits“ mettre:

„capitaux.“

— — — — —
Le soussigné prie la Députation, de prendre en prompt considération ces modifications, qui ont déjà été soumises à l'examen et à la méditation de ses membres, d'en donner connaissance à la Diète générale de l'Empire aussitôt après leur adoption, de s'occuper alors immédiatement à les fondre dans l'acte du 23. Novembre, de manière à former un nouvel acte définitif — — — Il faut se féliciter que cette lacune de l'acte du 23. Novembre puisse être aujourd'hui remplie et que l'on ait à effacer du §. 35. les mots, qui ajournaient des devoirs aussi sacrés
— — — — —

Laforest.

de Bühler.

(*Reichsdeputationsprotocoll, Beilage CCCXI, CCCXII.*)

A c h t e B e i l a g e.

Auszug einer Russisch-französischen Ministerial-
Note an die ReichsDeputation, vom Datum
Regensburg den 24. Febr. 1803.

Le soussigné — — a reçu hier au soir de Son Excel-
lence Monsieur le Plénipotentiaire Impérial le recueil des
24 paragraphes, qui d'après les propositions des puissan-
ces médiatrices et les délibérations de la Députation ex-
traordinaire dans ses séances des 15, 16 et 18. Fevrier
n. st. doivent être substitués aux anciens paragraphes - -
6 - - 9 - - 25 - - 35, 36 — — de l'acte du 23. Nov.
dernier n. st.

Il s'empresse d'exprimer ses plus sincères remerciemens
et d'adhérer à une redaction, dont la version allemande
lui paroît absolument conforme à la version française, et
qui rend fidèlement tout ce qui a été convenu de part et
d'autre dans les négociations récentes, qui ont eu lieu
entre la Deputation et les Ministres de la Médiation.

— — — — —
Le soussigné joint donc ici une expedition nouvelle
des 47 paragraphes qui ont été originairement rédi-
gés en françois, tels qu'ils sont restés finalement
convenus; et il prie la Députation, de la joindre à la
version allemande — — — — —

Il renouvelle à cet effet la demande, qu'un second
exemplaire de l'acte définitif, où les 24 paragraphes soient
intercallés à leur rang, tels qu'ils se comportent au-
jourd'hui, soit porté sans délai à la Diète. — — —

Baron de Bühler.

Laforest.

(ReichsDeputationsProtocoll, Beilage CCCXLI.)

Neunte Beilage.

(Extrait de l')

Expedition du texte original en langue française finalement convenu entre les Ministres des Puissances Médiatrices et la Députation extraordinaire de l'Empire pour entrer en langue allemande dans l'acte définitif de la Députation.

La répartition et le règlement définitif des indemnités a lieu ainsi qu'il suit:

— — — — —

§. 6.

Au Duc de Wurtemberg — — — la Prévôte d'Elwangen, les Chapîtres, Abbayes et Couvens de Zwiefalten — — Obrietenfeld, Margarethhausen et tous ceux situés dans ses nouvelles possessions

— — — — —

§. 9.

Au Duc de MecklenbourgSchwerin, pour ses droits et répétitions sur deux Canoncats héréditaires de l'église de Strasbourg, qui lui avoient été donnés en remplacement du port de Wismar, ainsi que pour ses prétentions sur la presqu'île de Priwall dans la Trave, dont la propriété reste exclusivement à la Ville de Lubeck: les droits et propriétés de l'hôpital de Lubeck dans les villages de Warnekenhagen, AltenBukow et Krumbrook et dans ceux de l'île de Poel; plus une rente perpétuelle de dix mille florins sur l'octroi de navigation, mentionné au §. 39.

— — — — —

§. 25.

— — — — —
Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Electeur Archichancelier, fixée à un million de florins, par des assignations sur l'octroi de Navigation mentimonné au §. 39. — — — — —
— — — — —

§. 35.

Tous les biens des Chapîtres Abbayes et Couvens fondés, tant des anciennes, que des nouvelles possessions, tant protestans que catholiques, tant mediats qu'immediats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédans, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, tant pour depenses du culte, fraix d'instruction et autres établissemens d'utilité publique, que pour le soulagement de leurs finances, sous la réserve formelle: de la dotation fixe des cathédrales qui seront conservées; des pensions du clergé supprimé conformément aux réglemens, dont une partie se trouve ci-dessous, et les autres seront déterminés incessamment.

§. 36.

Les Chapitres, Abbayes et Couvens nommément et formellement assignés en indemnité, de même que ceux mis à la disposition des Princes territoriaux, passent à leurs nouveaux possesseurs, avec tous leurs biens, droits, capitaux et révenus, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses —
— — — — —

— — — — —
 Suivent quarante deux paragraphes réglementaires,
 dont le texte original est en langue allemande.

(*ReichsDeputationsProtocoll*, 11. Band, *Sessio XLVI*,
 S. 846, 858, 863, 882, 904, 905, 915.)

Z e h n t e B e i l a g e .

ReichsGutachten vom Datum Regensburg, den
 24. März 1803, den am 25. Febr. d. J. verfaß-
 ten HauptSchlus der ausserordentlichen Reichs-
 Deputation betreffend.

Der RömischKaiserlichen Majestät etc. etc.

Nachdem von der, zur gänzlichen Berichtigung des
 Lüneviller Friedens ernannten, und durch das Kaiserl.
 allergnädigste CommissionsDecret vom 2. August v. J.
 hieher berufenen ausserordentlichen ReichsDeputation, nach
 vielfältigen mit der Höchstansehnlichen Kaiserlichen Pleni-
 potenz und den Herren Ministern der vermittelnden Mächte
 gepflogenen Communicationen, bereits den 23. November
 v. J. ein Hauptschlus verfaßt, und darüber nicht nur
 schon am 6. December von ersagten Ministern Noten an
 die allgemeine Reichsversammlung gebracht, sondern auch
 ein kaiserl. allergnädigstes CommissionsDecret unterm 21.
 gedachten Monats an dieselbe erlassen, ferner von der
 Deputation selbst unterm 5. und 31. Januar, auch 4. und
 26. Februar d. J. Berichte, sammt Anlagen erstattet, und
 dem letzten Berichte ein mit mehreren Abänderungen und
 Zusätzen Tags vorher neu verfaßter DeputationsHaupt-
 Schlus, auch das nur erwähnte Kaiserl. allerhöchste Com-

missionsDecret, die Noten und Berichte, so wie die neuesten Noten der Herren Ministern der vermittelnden Mächte vom 28. vorigen Monats und 9. dieses, jederzeit durch die ReichsDictatur zur Wissenschaft aller drei ReichsCollegien befördert, sodann alle diese Verhandlungen in allen drei ReichsCollegien in Vortrag und Umfrage gestellt worden, so hat man nach reifer der Sache Erwägung dafür gehalten, und geschlossen: dafs

- 1) der nunmehr zur Vollständigkeit gediehene, hier mitkommende DeputationsHauptschlus vom 25. v. M. als das einzige Mittel den, für das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes, und die Erhaltung des Reichsverbands selbst so nothwendigen Ruhestand zu befestigen, und eine gute Ordnung der Dinge im Reiche wieder herzustellen, von gesammten Reichswegen zu genehmigen; dabei auch
- 2) die bisherigen ReichsGrundgesetze, insonderheit der Westphälische Friede, und alle darauf erfolgten FriedensSchlüsse, in soweit solche durch den Lüneviller Tractat, und diesen jetzt zu genehmigenden DeputationsHauptschlus nicht ausdrücklich abgeändert werden, zu bestätigen, in wessen Folge also
- 3) die deutsche Reichsverfassung in allen ihren übrigen, nicht ausdrücklich abgeänderten Puncten, wie solche für Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe deutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare ReichsRitterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden, auch für die Zukunft zu verwahren sei, dafs demnach

- 4) Sr. Kaiserl. Majestät für die reichsoberhauptliche Vorsorge zur möglichsten Erhaltung der deutschen Reichsverfassung, weise Einleitung und Mitwirkung zur glücklichen Beendigung dieses beschwerlichen Entschädigungsgeschäfts der allerunterthänigste Dank gebühre, und mit der ehrerbietigsten Bitte hiemit erstattet werde, daß Allerhöchstdieselben geruhen mögen, auch den hohen vermittelnden Mächten für Ihre weisen Rathschläge, und Ihre rühmliche Verwendung zur endlichen Ausgleichung dieser wichtigen National-Angelegenheit, die dankbaren Empfindungen der Reichs-Versammlung zu erkennen zu geben; welches alles
- 5) durch ein allergehorsamstes Reichsgutachten, wie hiemit geschieht, zur reichsoberhauptlichen Genehmigung allerunterthänigst zu bringen sei.

Womit des kaiserl. Herrn Principalcommissarius Hochfürstl. Gnaden, der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs anwesende Räte, Bothschafter und Gesandte sich besten Fleisses und geziemend empfehlen.

Signatum Regensburg den 24. März 1803.

E i l f t e B e i l a g e .

Kaiserliches CommissionsRatificationsDecret vom Datum Regensburg den 27. April 1803, den DeputationsHauptschlus vom 25. Febr. d. J. betreffend.

Von der RömischKaiserlichen Majestät etc. etc.

Da die, zur Erfüllung des fünften und siebenten Artikels des Lüneviller Friedens bevollmächtigte ausserordentliche Reichsdeputation das ihr anvertraute Werk nunmehr

zu Stande gebracht hat, und von Kurfürsten, Fürsten und Ständen des deutschen Reichs in ihrem gemeinsamen Gutachten vom 24. März auf dessen Bestätigung angetragen worden ist; so wollen Se. Majestät der Kaiser nicht verweilen, diesem in seiner Beschaffenheit und seinen Folgen so wichtigen Werke aus reichsväterlicher Sorgfalt für die Erhaltung des Friedens und der Ruhe Deutschlands nach Maafsgabe Ihrer Pflichten die gesetzliche Vollendung zu ertheilen.

Der Endzweck, auf welchen in diesem entscheidenden Augenblicke Ihre Aufmerksamkeit sich richtet, besteht darin: die Erfüllung der von Sr. Kaiserl. Majestät und dem deutschen Reiche übernommenen Verbindlichkeiten einerseits mit der Erhaltung der hergebrachten Reichsverfassung, andererseits mit den freundschaftlichen Rücksichten thunlichst zu vereinbaren, die Allerhöchstdieselben für die Vorschläge der zwei als Vermittler eingeschrittenen Mächte, so wie für die Wünsche und die Zufriedenheit der Reichsstände tragen.

Es ist dieses nämlich der Zweck, der alle Schritte und Bemühungen Sr. Majestät des Kaisers bei Zusammenberufung und bei allen Verhandlungen der erwähnten Reichsdeputation geleitet hat. In Gemäfsheit desselben haben Sie Sich, während dem Laufe dieser Verhandlungen, dem von den vermittelnden Mächten vorgeschlagenen, von der Deputation durch entschiedene Stimmenmehrheit angenommenen Entschädigungsplane so beförderlich erwiesen, als es immer die Vorschrift der maasgebenden Friedensartikel, und die Gränzen der auf die Erfüllung dieser Artikel und auf die Aufrechthaltung der damit vereinbarli-

chen Reichsverfassung abgezielten DeputationsVollmacht erlauben konnten.

Und mit welcher freiwilligen Mässigung, und grossen Rücksichten für die vermittelnden Mächte, und die mit interessirten Reichsstände, Se. Kaiserliche Majestät Sich hiebei bestrebt haben, die Behebung der sich ergebenden Anstände, wenn selbe von den rechtmässigsten Interessen AllerhöchstIhres Hauses herrührten, zu erleichtern, solches hat Ihre zu Paris den 26. Dec. v. J. geschlossene Convention an den Tag gelegt, worin Sie die Verbindlichkeiten des Lüneviller Tractates freiwillig erweitert, und die einem Fürsten Ihres Hauses gebührende volle Entschädigung möglichst beschränket haben.

Eben so haben Se. Kaiserliche Majestät die thunlichste Beförderung in Ansehung der dem EntschädigungsPlane beigerückten, aus der angenommenen EntschädigungsBasis nicht geflossenen oder in die innere Beschaffenheit des deutschen Reichskörpers einschlagenden weitem Anträge bewiesen. Auch hierüber haben Sie Sich durch die angeführten Rücksichten bewogen gefunden, in vorgedachter Pariser Convention Ihre Bestimmung zu dem DeputationsSchlusse vom 23. November v. J. in der Maasgebung zuzusagen: dafs Sie dabei sämtliche mit dem EntschädigungsPlane an sich vereinbarlichen Gerechtsame ausdrücklich verwahrten, die Allerhöchstdenenselben theils in Ihrer reichsoberhauptlichen Würde, theils als Regent Ihrer Erbstaaten gebühren; da Sie in dieser letzten Eigenschaft, gleich wie Sie für Ihre Kriegsverluste an den Entschädigungen keinen Theil bekommen, auch den damit verknüpften Einschränkungen nur in so fern, als es die Ausfüh-

rungsmöglichkeit der allgemeinen Entschädigungsbasis erheischt, unterliegen können.

Nachdem endlich, nach dem Schlusse der Convention vom 26. December, zu dem DeputationsHauptschlusse vom 23. November, noch verschiedene Zusätze, Aenderungen und Anträge hinzugekommen sind, und daraus der neue DeputationsHauptschlus vom 25. Hornung entstanden ist, auf dessen Gutheissung das Reichsgutachten unter einigen ausdrücklichen Vorbehaltungen anträgt; so sehen Se. Kaiserliche Majestät Sich, nach reiflicher Abwägung aller bisher angeführten Umstände, und nach dem Gefühle Ihrer aufhabenden theuersten Pflichten veranlaßt, dem eben genannten ReichsGutachten Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung unter folgenden Bedingnissen zu ertheilen:

Dafs die zu Paris am 6. Decbr. v. J. geschlossene und zur Kenntnis der ReichsVersammlung vorgelegte Convention in ihrer Kraft und Verbindlichkeit, nach dem wörtlichen Inhalte ihrer Artikel, insonderheit in Ansehung der in dem 4ten Artikel enthaltenen Vorbehaltungen, aufrecht zu bestehen habe;

Dafs, in so fern diese Vorbehaltungen die Se. Majestät als Kaiser und ReichsOberhaupt zustehenden Gerechtsamen betreffen, die gesetz- und herkommensmässige Ausübung dieser Gerechtsame sowohl bei Ausführung des gegenwärtigen ReichsSchlusses, als für alle zukünftigen Zeiten, ungeschmälert erhalten werde;

Dafs die, in dem ReichsGutachten vom 24. März erwähnte Bestätigung der ReichsGrundGesetze, insonderheit des Westfälischen Friedens, und der darauf erfolgten FriedensSchlüsse, in sofern solche durch den Lüneviller Tractat,

und den gegenwärtigen ReichsSchluss nicht abgeändert werden, dergleichen die darin angetragene Verwahrung der deutschen ReichsVerfassung in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Puncten, wie solche für Kuhrfürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe deutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare ReichsRitterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden ist, in wirkliche Ausführung und Handhabung übergehe;

Dafs, nachdem die Bedenken, welche von Sr. Kaiserl. Majestät bei Gelegenheit der, in den frühern Deputationsvorschlägen gemachten Anträge zur Vermehrung der Virilstimmen im ReichsfürstenRathe geäußert wurden, durch die spätern Vorschläge keineswegs gehoben worden sind, Se. Kaiserl. Majestät Sich durch Ihre, für die Erhaltung der Reichsverfassung und die Beschützung der katholischen Religion, heilig beschwornen Pflichten gemüssigt sehen, Ihre Ratification über diesen Gegenstand einstweilen zu suspendiren, und Sich vorzubehalten, durch ein unverzügliches ferneres Commissionsdecret die Erstattung eines weitem Reichsgutachtens zn dem Ende zu verlangen, damit durch angemessene Vorschläge dafür gesorgt werde, dafs, nachdem dem protestantischen Religionstheile schon in den Kuhrfürstlichen und Reichsstädtischen Collegien eine so entscheidende Stimmenmehrheit zufällt, die hergebrachten Verhältnisse der zwei Religionstheile nicht auch in dem fürstlichen Collegium, bis zur wesentlichen Ueberschreitung der StimmenParität, abgeändert werden;

Dafs endlich in Ansehung derjenigen Puncte des letzten DeputationsHauptschlusses, deren Erörterung erst noch künftigen Anträgen und Unterhandlungen zu unter-

liegen hat, wie dergleichen namentlich in dem Schlusse des 2. und 39. §. vorkommen, Sr. Kaiserl. Majestät und dem Reiche die weitere gebührende Einschreitung vorbehalten bleibe.

Indem nun Se. Kaiserl. Majestät, unter diesen vorausgesetzten Bedingnissen, dem Reichsgutachten vom 24. März Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung hiemit förmlich ertheilen; so ergreifen Sie auch diese Gelegenheit, um Ihren und des gesammten Reichs aufrichtigsten Dank für die, von den zwei vermittelnden Mächten in der vorliegenden wichtigen Angelegenheit verwendete Sorgfalt und Bemühungen öffentlich hiemit abzustatten, gleich wie Sie mit Zuversicht hoffen, daß gedachte Mächte die hiebei von Seiten Kaisers und Reichs erhaltenen überzeugendsten Beweise bereitwilliger Rücksicht für ihre Wünsche und Vorschläge freundschaftlich erkennen werden, und daß somit das nunmehr gänzlich zu Stande gebrachte Friedenswerk auf das dauerhafteste versichert und befestiget worden sei.

Es verbleiben übrigens des Höchstansehnlichen Kaiserl. Herrn Principalcommissarius Hochfürstl. Gnaden den allhier versammelten vortreflichen Räthen, Bothschaftern und Gesandten mit freundlichem, auch geneigtem und gnädigem Willen beständig wohl zugethan.

Signatum Regensburg den 27. April 1803.

Z w ö l f t e B e i l a g e.

Auszug der letzten Russisch-französischen MinisterialNote an die ReichsDeputation, v. D. Regensburg den 9. Mai 1803.

Les expressions de reconnaissance avec lesquelles l'Empire et son Chef suprême ont accueilli le résultat de leurs soins, ne leurs permettent pas de douter, qu' une loi, adoptée sous leur médiation et revêtue de toute la solennité des formalités constitutionnelles, ne soit ponctuellement exécutée dans toutes ses parties.

C'est par cette execution scrupuleuse, que chaque Etat d'Empire doit prouver son patriotisme et l'importance qu'il attache à la tranquillité générale aussi bien qu'à la sienne.

Les dispositions fondamentales, que le Corps Germanique vient de consacrer, abrogent quelques dispositions précédentes dont le souvenir subsiste encore. Celles-ci ne sauraient plus être invoquées à l'avenir.

Il n'est aucun Membre de l'Empire, qui ne doive avoir sous les yeux que le Corps Germanique s'étoit lié par le traité de Luneville à subvenir collectivement à l'indemnisation.

Le paragraphe 36. de la nouvelle loi est surtout celui, par lequel est accomplie l'obligation commune; et comme dans un système étendu toutes les parties s'enchaînent, les rentes assignées, les pensions, les dettes doivent aussi être acquittées avec une honorable exactitude. L'intérêt

terêt de tous et de chacun en particulier, la sûreté des Etats et des propriétés, le maintien de l'ordre établi, exigent qu'aucun des Etats d'Empire ne cherche la solution des doutes qu'il pourroit concevoir, que dans le texte même de la loi concertée avec les Puissances médiatrices. Elle ne se sont engagées à rien, qui n'y soit fidèlement exprimé. Les droits conférés et les droits réservés s'y trouvent également — — —

Baron de Bühler.

Laforest.

(ReichsDeputationsProtocoll, Beilage Num. CCCXC.)

D r e i z e h n t e B e i l a g e .

Kaiserliches PromulgatorRescript an die höchsten ReichsGerichte, vom Datum Wien den 25. Jul. 1803.

Franz der II. etc.

Wohlgebohrne, Edle, Ehrsame, liebe Getreue! Nachdem von der, zur gänzlichen Berichtigung des, laut Anlagen Ziffer 1, 2, 3 und 4, von Uns und dem Reiche ratificirten Lüneviller Friedens, ernannten ausserordentlichen Reichs-Deputation am 25. Hornung dieses Jahres ein Hauptschluss verfasst, und Uns derselbe, laut Anlage Ziffer 5, unterm 24. März d. J. durch ein gemeinsames ReichsGutachten zur Genehmigung vorgelegt, sofort von Uns darüber unterm 27. April d. J. laut Anlage Ziffer 6, die Kaiserliche reichs-oberhauptliche Bestätigung, unter gewissen ausdrücklich vorausgesetzten Bedingnissen, ertheilt worden ist, insonderheit:

Dafs die zu Paris den 26. Dec. vorigen Jahres geschlossene, und zur Kenntnis der ReichsVersammlung vorgelegte (aus der Anlage Ziffer 7) ersichtliche Convention in ihrer Kraft und Verbindlichkeit, nach dem wörtlichen Inhalte ihrer Artikel, insonderheit in Ansehung der in dem 4ten Artikel enthaltenen Vorbehaltungen, aufrecht zu bestehen habe; dafs, in so fern diese Vorbehaltungen die Uns als Kaiser und ReichsOberhaupt zustehende Gerechtsame betreffen, die gesetz- und herkommenmässige Ausübung dieser Gerechtsame, sowohl bei Ausführung des gegenwärtigen Reichsschlusses, als für alle zukünftige Zeiten ungeschmälert erhalten werde; dafs die in dem ReichsGutachten vom 24. März erwähnte Bestätigung der ReichsGrundGesetze, insonderheit des Westphälischen Friedens und der darauf erfolgten Friedensschlüsse, in sofern solche durch den Lüneviller Tractat und den gegenwärtigen Reichsschluss nicht ausdrücklich abgeändert werden, desgleichen die darin angefragene Verwahrung der deutschen Reichsverfassung in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Puncten, wie solche für Kühr-Fürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe deutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare ReichsRitterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden ist, in wirkliche Ausführung und Handhabung übergehe;

So wollen Wir gnädigst nicht entstehen, alle diese Urkunden euch zu dem Ende hiebei mitzutheilen, damit in den an Unser Kaiserliches KammerGericht gelangenden Vorkommenheiten der Inhalt derselben, als gesetzliche Vorschrift pflichtmässig beobachtet werde.

Wir verbleiben übrigens euch sammt und sonders mit Kaiserlichen Gnaden wohl gewogen.

Gegeben zu Wien den 25. Julius 1803, Unserer Reiche, des Römischen, wie auch der Ungarisch- und Böhmischen im zwölften.

A n l a g e n.

— — — — —
— — — — —

Nro. 5.

An Ihro RömischKaiserliche Majestät allerunterthänigstes ReichsGutachten d. d. Regensburg den 24. März d. J. et dict. 26. e. m. den von Ihro Kaiserlichen Majestät und des Reichs wegen zu ratificirenden, am 25. Febr. d. J. verfassten Hauptschlus der ausserordentlichen ReichsDeputation betreffend. Diesem war beigelegt a) ein Beschlus der ReichsDeputation d. d. Regensburg den 25. Febr. l. J. et dict. 26. e. m. c) der Hauptschlus der ausserordentlichen ReichsDeputation, resp. vom 24. und 25. Febr. l. J. sowohl im französischen Urtexte, als der deutschen Uebersetzung.

Nro. 6.

Kaiserliches allergnädigstes CommissionsRatifications-Decret an die allgemeine ReichsVersammlung zu Regensburg d. d. 27. April d. J. et dict. 28. e. m. die von Ihro Kaiserlichen Majestät ertheilte Ratification des ReichsGutachtens vom 24. März, den DeputationsHauptschlus vom 25. Februar d. J. betreffend.

V i e r z e h n t e B e i l a g e.

KuhrPfalzBaiersche FinalResolution, wegen Auflösung der Prälatenbank, v. D. München den 14. May 1803.

Max Joseph, Kuhrfürst!

Wir haben die in Eurer Vorstellung vom 6. d. angebrachten Gründe, wegen fernerer Erhaltung der Stifter und Klöster, reiflich und wohl erwogen; wir können aber von unsern, in Kraft des ReichsFriedensschlusses getroffenen Verfügungen und von der benannten Auflösung der Prälatenbank um so weniger abweichen, als es selbst mit unserer Regentenpflicht nicht vereinbarlich wäre, nach so vielen und grossen Drangsalen unserer alten und neuen Staaten, und bei ihren grossen zum theil auch noch durch die beträchtlichsten Ueberwälzungen von dem linken auf das rechte Rheinufer vermehrten Schulden derselben, wodurch auch eine mehrere Fruchtbarkeit der neuen Indemnitäts-Lande in eine so entfernte Zukunft hinausgeschoben wird, die reichsgesetzlich, wiewohl auch nur spät und langsam fliessende Hüfsquelle hinzugeben, und also hiedurch die so lang erwünschte Herstellung in der StaatsKraft und in der StaatsVerwaltung zu erschweren oder gar zu vereiteln. Wir verbleiben euch etc. München, den 14. May 1803.

Max Joseph.

Freiherr von Montgelas.

v. Straus, Sekretair.

Funfzehnte Beilage.

Submittirende Anzeige der Baierschen Landschaft,
wegen Einziehung der Stifter und Klöster, vom
Datum München den 6. Juni 1803.

Durchlauchtigster Kuhrfürst,
Gnädigster Herr, Herr!

Nachdem Höchstdero Kommissarien neben dem heurigen Postulat, uns auch die gnädigste Gesinnung und Versicherungen über die fernere Aufrechthaltung der Landesverfassung, zu unserm submissesten Dank eröffnet hatten; erachteten wir es zum voraus für Pflicht, Eurer Kuhrfürstl. Durchlaucht das Schicksal unsers bisherigen Mitstandes, der Stifter und Prälaten, nochmal in tiefster Ehrfurcht an das Herz zu legen.

In dem festen Vertrauen auf das vorlängst gegebene Fürstenwort: „kein ständisches Stift und Kloster, ausser „ihrem selbstigen Zerfall, aufheben zu wollen“ — und in Erwägung der wichtigen Gründe sowohl, welche für deren Erhaltung sprechen, als des bleibenden Nutzens, welchen sie bei einer zweckmässigen Richtung dem Lande verschaffen, hoften wir keine Fehlbitte zu wagen.

Um so schmerzender fiel uns demnach die höchstlandesfürstliche Rückäusserung vom 14. des verflossnen Monats May; „dafs Höchstdieselben von den getroffenen Verfügungen und von der consequenten Auflösung der Prälatenbank nicht abweichen können.“

Was uns noch einigermassen hiebei beruhiget, ist das Bewußtsein: dafs wir nichts versäümet haben, unsere BerufsObliegenheit in diesem Gegenstande strenge zu er-

fällen, und dafs wir in unsern wiederholten Vorstellungen alle Motive erschöpft haben.

Weil aber diesen nun der beharliche höchste Wille einer gänzlichen Auflösung der Landständischen Stifter und Klöster entgegensteht, und nun abermal ohne alle Modification so kurz als bestimmt hierüber abgesprochen wird; so glauben wir wenigstens, unserer Seits diese Angelegenheit zunächst auf den künftigen Landtag hinhalten zu müssen.

Da jedoch in diesen höchsten Verfügungen so eilfertig, und nicht ohne bittere Zusätze in der Ausübung fortgeschritten wird; so werden Eure Kuhrfürstl. Durchlaucht nicht misbilligen, wenn wir dem Drange unsers Gefühls entsprechen, und es so gerecht als billig, wie auch selbst den sonst geäusserten Grundsätzen der Regierung angemessen finden, dafs wenigstens bis dahin allen jenen vom Prälatenstande, welche in landschaftlichen Aemtern gestanden sind, für ihren Verlust eine billige Entschädigung provisorisch gereicht werde, ohne dafs jedoch diese in die ihnen ausser derselben schon gebührende Pension jemals einzurechnen sei.

Sollte aber die Rettung dieses unsers Mitstandes in keinem Wege, und auf keine Art mehr möglich seyn; sollte dessen gänzliche Zernichtung ein unwiderrufliches Opfer der Politik, und eines neuen Entschlusses bleiben müssen; so geruhen Euer Kuhrfürstl. Durchlaucht es nicht ungnädigst zu nehmen, wenn wir die Bemerkung ehrfurchtsvoll begeben; dafs die Verwendung dieses Vermögens nach den Bestimmungen des Reichsfriedensschlusses geschehen müsse; dafs das Land auf diese bestimmte Verwendung eben auch aus

berührtem Reichsfriedensschlusse ein *jus quaesitum* habe; und daß wir es eben auch für unsere schwere Pflicht halten, Eure Kuhrfürstl. Durchl. schon jetzt und zum voraus um die gnädigste Mittheilung und Eröffnung unterthänigst zu bitten: was der Betrag dieses gesammten stift- und klösterlichen Vermögens abwerfe, was hievon zu jedem der drei ersteren und edleren Zwecke bestimmt, und was sofort zum Behufe der Finanzen verwendet werde; dann in welcher Art dieses alles geschehen solle? Wir empfehlen uns anbei wie jederzeit zu beharrlichen f. H. u. G. unterthänigst gehorsamst.

München, den 6. Junii 1803.

Eurer Kuhrfürstlichen Durchlaucht

unterthänigst-gehorsamste

gemeiner Landschaft in Baiern Ober-
und Unterlandes Verordnete und
Rechnungsaufnehmer.

Sechszehnte Beilage.

Königlich Preussisches Cabinets Rescript an das
Domkapitel zu Halberstadt, vom Datum Berlin,
den 21. Febr. 1804.

Hochwürdige, Hochwohl- und Wohlgebohrne, Veste,
besonders liebe Getreue!

Aus Eurer Vorstellung vom 3. d. M. habe Ich ersehen, daß ihr die bisherige Verfassung des Domkapitels zwar bestätigt zu sehen wünscht, zugleich aber auch Mir die etwa nöthigen Abänderungen derselben anheim stellt, und dabei Eure Minoren und Electen zur Berücksichtigung empfiehlt. Diese Eure Erklärung über die, Mir durch das neueste Reichs Concluseum beigelegte uneingeschränkte

Disposition über die Stifter in Meinen Landen ist Mir, als ein neuer Beweis des Patriotismus Eures Domkapitels, sehr angenehm gewesen, und hat Mich bewogen, Mich durch die abschriftlich anliegende Ordre an die Staatsminister Freiherrn von Reck und von Massow auf eine solche Weise zu erklären, wodurch die Existenz derselben und aller übrigen Stifter in Meinen alten deutschen Reichslanden für immer gesichert, zugleich aber auch die ausschliessende Befugnis des Landesherrn, mit billiger Rücksicht auf die vorhandenen Minoren und Electen, künftig alle vacant werdende Stellen zu Belohnung ausgezeichneten Verdienste selbst zu vergeben, festgestellt werden kann. Ich hoffe, daß Ihr hierin die Gesinnungen des Wohlwollens anerkennen werdet, womit Ich verbleibe Eurer gnädiger König. Berlin, den 21. Febr. 1804.

Friedrich Wilhelm.

An das Domkapitel zu Halberstadt.

Siebenzehnte Beilage.

KöniglichPreussisches CabinetsRescript an die Staatsminister von Reck und von Massow, vom Datum Berlin, den 21. Februar 1804.

Mein lieber StaatsMinister, Freiherr von Reck und Massow! Aus der beikommenden Eingabe des Domkapitels zu Halberstadt werdet Ihr ansehen, daß dasselbe um Beibehaltung seiner bisherigen Verfassung zwar gebeten, zugleich jedoch die Mir nöthig scheinenden Abänderungen derselben anheimgestellt, und dabei nur die jetzigen Minoren

und Electen zur Berücksichtigung empfohlen hat. Wiewohl wohl Ich nun durch das neueste ReichsConclusum zur gänzlichen Aufhebung aller Stifter vollkommen berechtigt bin; so bin Ich dennoch entschlossen, sämtliche Stifter in Meinen alten ReichsLanden, als das beste Mittel, Verdienste um den Staat zu belohnen, bestehen zu lassen, und die darüber erlangte uneingeschränkte Disposition nur dazu anzuwenden, diesem Belohnungsmittel die größtmöglichste Ausdehnung zu geben. Die Hauptpunkte, worauf es dabei ankommen wird, werden darauf hinauslaufen: die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche mehr oder weniger in der bisherigen Verfassung der Stifter dem Landesherrn Schranken setzten, die Stellen in denselben zu vergeben, oder den damit Begnadigten die Vortheile der Stellen in ihrem ganzen Umfange zuzuwenden.

Ich trage Euch daher auf, in dieser Hinsicht die Verfassung nicht blos des Domkapitels zu Halberstadt, sondern auch aller übrigen Stifter in Meinen alten ReichsLanden zu untersuchen, von den Stiftern selbst Vorschläge zu deren Abänderung nach obigem Zweck zu erfordern, und darüber nach vorgängiger Aufstellung allgemeiner Grundsätze, worüber Ich zuerst Euern gutachtlichen Bericht erwarte, über jedes Stift besonders zu berichten. Dabei will Ich Euch zu Eurer Direction eröffnen, daß Ich allerdings auf die vorhandenen Minoren, Electen und alle diejenigen, welche nach der bisherigen Verfassung bereits eine rechtsbegründete Hofnung erhalten haben, dereinst zum Genuß wesentlicher Vortheile zu gelangen, billige Rücksicht in der Art nehmen lassen will, daß dieselben,

allenfalls nach einem angemessenen DurchschnittsCalcul, wirklich zu diesem Vorthail gelangen sollen, hinfüro aber von den Stiftern keine neue dergleichen Hofnungen ertheilt werden müssen. Ferner soll in Absicht der Qualification zu den StiftsPräbenden, zwar alles abgestellt werden, was der Befugnis des Landesherrn, Verdienste zu belohnen, unbillige Schranken setzt. Dennoch aber soll der Unterschied der Stände bei den Stiftern, wo nur der hohe oder alte Adel Receptionsfähig war, nicht ausser Acht gelassen, und für Ausnahmen aus ganz besonders erheblichen Gründen, durch den Vorbehalt der Befugnis zu dispensiren, gesorgt werden.

Uebrigens versteht es sich von selbst: dafs bei den Frauenstiftern die Versorgung der Dürftigen als Hauptzweck angesehen und also dahin getrachtet werden mufs, dem Landesherrn die ausgedehntesten Mittel zu verschaffen, für dürftige Frauenspersonen aus allen Ständen, besonders aus der Classe der Staats-Diener im Militair- und Civilstande, zu sorgen.

Ich verbleibe etc. Berlin, den 21. Febr. 1804.

Friedrich Wilhelm.

Achtzehnte Beilage.

Der Durchlauchtigen, Hochgebohrnen, Fürsten und Herrn, Herrn Adolph Friederichen und Hans Albrechten, Gebrüdern, Herzogen zu Mecklenburg, Fürsten zu Wenden, Grafen zu Schwerin, der Lande Rostock und Stargard Herrn,

Revidirte Ordnung der Jungfrauen Klöstern Dobbertin, Ribnitz und Malchow, wie es darin mit dem Gottesdienste und andern christlichen Uebungen und sonsten in gemein von den Conventualen und andern eingehörigen KlosterPersonen soll gehalten werden.

Wiewohl anfänglich die Jungfrauen Klöster von den Vorfahren darum gestiftet, vorhabens, dass diejenigen so sich dazu gewidmet, ein Gottseeliges stilles und eingezognes, züchtiges Leben führen, für die gemeine Christenheit, die Kaiserl. Majestät, alle Christliche Potentaten, Kuhr- Fürsten, und sonderlich die Obrigkeiten, unter welcher Schutz und Schirm ein jedes belegen, wie denn auch alle Landstände, mit Fleisse und Ernste beten, und also des Gottesdienstes alleine sich befleissigen sollen, dahero auch, und in Betrachtung solcher von Anfangs wohlgemeinten Christlichen Uebungen J. J. F. F. G. G. löblichen Vorfahren nicht alleine nach reformirter Religion, die Klöster Dobbertin, Ribnitz und Malchow, in ihrem *esse* gelassen, sondern auch Deroselben unterthänigen Ritter- und Landschaft, in solchem Gebrauch dieselbe zu behalten, abgetreten und aus Dero Mittel gewisse Personen zu Provisoren, welche die Klöster und deren Disciplin in Acht hätten, zu verord-

nen, in Gnaden bewilligt und zugelassen; so sind doch nun etliche Jahr hero in ermeldeten Klöstern allerley Mißbräuche und Unordnungen, sowohl im Gottesdienste, mit unfleißigen beten, und Gehör Göttliches Worts, als sonst auch im Leben, Kleidung und andern Leichtfertigkeiten, verspüret worden; Derowegen die Noth erfordert, nachbeschriebene Ordnung, darnach sich die KlosterJungfern, zusammt ihren Gesindlein, auch Deroselben Pastores und Seelsorger zu richten haben sollen, zu verfassen und ihnen fürzustellen.

— — — — —
— — — — —

Zum Andern, sollen die Personen in der Versammlung des Klosters, sammt den Kindern so darin genommen werden, nicht allein zu der Zeit, wann gepredigt wird, fleissig und unausbleiblich zur Kirchen gehen, Gottes Wort mit Fleis anhören, die Predigt mit allen Ceremonien auswarten, und in der Lehre und Unterricht, ihrem getreuen Seelsorger, gebührliche Folge leisten, sondern auch die andern Tage, beyde Morgens und zur Vesperzeit, zu Chor gehen, in solchen Kirchen- und Chorgehen, die Mantel, Kragen und andere Kleidung, so hierzu verordnet werden sollen, tragen und nach der Ordnung, wie sie ins Kloster kommen, stehen, Gott dem Herrn mit Lesen, Beten, Danken und Loben dienen und dabey aller Leichtfertigkeit in Gespräch und Gebährden sich enthalten und, wann der Gottesdienst in der Kirchen verrichtet ist, alsdann in vorgedachter Ordnung, züchtig wieder heraus gehen, und eine jede an ihren Ort sich verfügen.

— — — — —

Zum Eilften: Nachdem mahl auch befunden, daß die KlosterJungfrauen mit der Kleidung und mit den grossen Kragen, grosse Ueppigkeit treiben, und gleichwohl nicht unbillig, daß ein Unterschied zwischen den Geistlichen und weltlichen Jungfrauen gehalten werde; So sollen die KlosterJungfrauen schwarze schlechte GewandRöcke, Mantel, Jopen mit kleinen SammetSchnüren, oder sonsten womit besetzt, und schlechte Kragen, ohn einiges Knüppels oder anders Ausnehmen, wie dann auch keine Perlen oder Gold am Halse oder am Armen tragen. Sollen auch solcher Kleider nicht allein innerhalb Klosters, sondern auch wenn sie zu ihren Freunden kommen, und an andere Oerter verreisen, ausserhalb Klosters sich zu gebrauchen schuldig seyn und sich keiner andern Kleidung unterfangen.

— — — — —
— — — — —

Solches alles und jedes wie vorbeschrieben, wollen J. J. F. F. G. G. von allen KlosterJungfrauen und einge-
hörigen Personen, niemanden ausgenommen, also und nicht
anders gehorsamlich gehalten, und dem durchaus ohne
Wegerung willig gelebet, auch den Provisoren, Haupt-
Leuten und KüchenMeistern ernstlich anbefohlen haben:
mit allem Fleisse und starkem Ernst darauf zu sehen
und acht haben, daß dieser Ordnung in allen Puncten
und Articuln nachgegangen werde, welches J. J. F. F. G. G.
gegen den Gehorsamen mit Gnaden zu bedenken geneigt,
hingegen aber sollen die Ungehorsamen, mit gebührli-
cher ernster Strafe angesehen, und nach Verwirkung als-
bald ohn einige Gnade aus dem Kloster verstos-

sen und weggejagt werden; woferne aber eine oder mehr unter den Conventualen vorhanden, welcher diese Ordnung nicht gefällig oder derselben zu geleben und zu gehorsamen nicht bedacht wären, der- oder denselben soll hiemit freigelassen seyn, sich nach ihrer Gelegenheit an andere Oerter zu begeben, und zu verrücken. Doch halten J. J. F. F. G. G. Sich bevor, diese Ordnung, nach gestalten Sachen, zu endern, zu vermehren und zu vermindern oder gar eine andere zu verfertigen. Urkundlich ist diese Ordnung mit J. J. F. F. G. G. Fürstlichen Secreten, und Handzeichen bekräftiget. Geschehen zu Güstrow den 10. December 1610.

Neunzehnte Beilage.

Herzoglich Mecklenburg Schwerinsche Bestätigung eines Kloster Provisors zu Malchow, vom Datum Schwerin, den 23. November 1802.

Friederich Franz, von G. G. Herzog zu Mecklenburg etc.

Unsern gnädigsten Gruss zuvor! Vester L. G. Wann Uns Unsere auf dem diesjährigen allgemeinen Landtage versammelt gewesene Landrätthe, Land Marschälle, und übrige von der Ritter- und Landschaft Unserer Herzogthümer Mecklenburg geziemend angezeigt haben, wie ihr nach dem Ableben des verstorbenen Kloster Provisors zu Malchow, wail. Hauptmanns von Pressentin auf Daschow, an dessen Stelle auf vier Jahre zum Provisor des Klosters zu Malchow erwählet worden, mit der angehängten submisesten Bitte, Wir geruheten zu solcher Wahl, den

Reversalen, dem landesgrundgesetzlichen Erbvergleiche und der Observanz gemäs, Unsere Landesfürstliche Bestätigung zu ertheilen; und Wir dann, nach Unserer ohnehin, auf die Verehrung des Wohlstandes und des Gedeihens Unserer Klöster stets gerichteten Neigung, diesem Gesuche gnädigst willfahren wollen; So verordnen Wir hiemit wissend- und wohlbedächtig euch zum Provisor Unsers gedachten Klosters Malchow auf vier Jahre, also und dergestalt: dafs ihr, wie Wir hiemit in Gnaden begehren, neben dem andern daselbst bestellten Provisor und dem Hauptmann, desselbigen Klosters Nutzen und Vorthail, nach eurem besten Wissen und Vermögen, zu befördern suchen und desselben Schaden abwenden, mithin desselben Gerechtigkeiten, Hebungen und Aufkünfte, damit nichts davon entzogen, noch auch dessen Scheiden und Grenzen von den Benachbarten geschmälert werden, sorgfältig in Acht nehmen, insonderheit darauf, dafs alle Jungfern dieses Klosters der Fürstlichen Klosterordnung vom 10. December 1610 in allen Stücken gebührend nachleben und derselben sich gemäs bezeigen, mit Fleis sehen, auch sonst alles dasjenige, was das Amt eines rechtschaffenen KlostersProvisors erfordert und mit sich bringet, treulich beobachten und ausrichten sollet. An dem etc. Und Wir etc. Gegeben etc. Schwerin, den 23. Nov. 1802.

Der vorstehende Versuch erschien zuerst (auf 9 Bogen in klein 8.) zu Regensburg gedruckt, wo er zu Anfang des Octobers d. J. ausgegeben wurde.

Weil vieles darin auf Mecklenburg sich bezieht, wie schon die blosse Ansicht der §§. 28, 29, 31, 37-45. ergiebt; so glaubt man, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, wenn davon, um auch bei uns die allgemeine Aufmerksamkeit auf den vorliegenden Gegenstand desto eher zu befriedigen, diese zweite Auflage (auf 8 Bogen in gr. 8.) veranstaltet ist.

In derselben sind nicht allein die Druckfehler der ersten Auflage sorgfältig vermieden, sondern, ausser verschiedenen hie und da (z. B. §. 24. und 37.) angebrachten Verbesserungen und Zusätzen, die beiden in jener fehlenden Beilagen Nr. X. und XI. nachgeliefert, auch zwei ganz neue Beilagen Nr. XIV. und XV. hinzugekommen; wogegen die dort mit Nr. XIV-XVII. bezeichneten hier unter Nr. XVI-XIX. anzutreffen stehen.

Schwerin,
in der HofBuchdruckerey, 1804.

Rudloff, Friedrich August von,

Versuch einer richtigen Auslegung und Anwendung des Hauptschlusses der
ausserordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg

Schwerin 1804

J.publ.g. 836 i

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562243-0